WER WIR SIND & WAS WIR WOLLEN

FdA IFA

IAF ИФА IFA

FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

Berlin
Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

Dresden
AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Libertäre Aktion Frankfurt Oder
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
laffo.blogsport.eu

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)
Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark queerfeministische Gruppe Dortmund
Kontakt: lilalautstark@riseup.net
lilalautstark.noblogs.org

about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln
Kontakt: aboutfem@riseup.net
aboutfem.blogsport.de

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe
Kontakt: afowl@riseup.net
afowl.noblogs.org

A & O Kassel
Kontakt: kassel_a@riseup.net
a-o-ks.org

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)
Kontakt: lila-f@riseup.net
lila.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau
Kontakt: a-ini-og@immerda.ch
aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
nigra.noblogs.org

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

A4 Unplugged (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch Ort: Koch Areal

Assoziierte Projekte
Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de

Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°80 - 08.2017

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

IN DIESER AUSGABE

Artikel zu G20: "Hamburg Anfang Juli" & "G20: Mehr als Riot"
Kritik am Konsensprinzip - eine Diskussionsgrundlage
Bericht von der radical bookfair in Leipzig 22./23. Juli

Editorial

Hallo liebe Leser*innen,

das Coverbild dieser Gaidao-Ausgabe zeigt eine Solidaritätsbotschaft von Menschen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet anlässlich des internationalen Solidaritätstages mit antifaschistischen Gefangenen am 25. Juli. Während überall auf der Welt Antifas gegen alte und neue rechte bis faschistische Bewegungen, Rassismus und Nationalismus aktiv sind, schlägt ihnen die staatliche Repression entgegen. Auch im deutschsprachigen Raum drohen Antifas Haftstrafen oder sitzen diese schon hinter Gittern – und mit neuen Gesetzesverschärfungen droht die Zahl der Betroffenen nochmal zu steigen. Doch dies sollte jedoch kein Grund sein, den Rechten das Feld zu überlassen …

Aber nicht nur im antifaschistischen Kampf versucht der Staat alle Aktivist*innen zu kriminalisieren: Nach dem G20-Gipfel sitzen gegen Ende Juli immer noch ca. drei Dutzend Leute in Untersuchungshaft, denen Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten gegen die G20 vorgeworfen werden. Vielen anderen drohen in den kommenden Monaten Strafverfahren. Auch nach dem G20-Gipfel ist unsere Solidarität gefragt.

Darüber hinaus haben die vielfältigen und starken Proteste gegen den G20-Gipfel viele Diskussionen (nicht nur) innerhalb der Protestbewegungen ausgelöst. In der aktuellen Gaidao-Ausgabe haben wir zwei Texte abgedruckt, die sich mit den Ereignissen aus unterschiedlicher Perspektive auseinandersetzen. Weitere Artikel laden zur Diskussion (beispielsweise zum Thema Konsens) ein oder berichten, was in den letzten Wochen sonst noch los war.

ma (für die Gaidao-Redaktion)

Impressum:

Herausgerber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BIELEFELD

Das ANARCHISTISCHE FORUM OWL trifft sich jeden Mittwoch ab 18 Uhr im FAU-LOKAL in der Metzer Str. 20 (Ecke Mühlenstr.) in Bielefeld. Hier diskutieren wir, planen gemeinsame Aktionen, führen Veranstaltungen durch+bereiten die Revolution vor.

ANARCHISTISCHE KLASSIKER*INNNEN: Jeden 2. Mittwoch im Monat stellen wir ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal anarchistische Klassiker*innen sowie ihr Leben und Werk vor

SCHWARZER FREITAG: Am letzten Freitag im Monat zeigen wir Filme, stellen Bücher vor oder präsentieren alternative Projekte aus Bielefeld und OWL

LIBERTÄRER LESEKREIS: Alle zwei Wochen lesen wir gemeinsam in Horst Stowassers Einführung in den Anarchismus, ab 19 Uhr im FAU-Lokal

KÜCHE FÜR ALLE: Jeden 1. Mittwoch im Monat gibt ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Cafe 100", Alaunstraße, DD-Neustadt

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
Jeden Donnerstag 18-20 Uhr im WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

FRANKFURT am Main

BR(A)NCH – Veganer Brunch mit wechselndem Programm
ab 12 Uhr Brunch, 14 Uhr Programm (Vortrag o.ä., aktuelle Infos: lila.noblogs.org)
Jeden letzten Sonntag im Monat im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

„Zum Kuckuck" – offenes anarchistisches Treffen
Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Interym/Kyosk, Adlerstraße 2, 79098 Freiburg

Offene anarchistische Bibliothek
Jeden 1. + 3. Sonntag im Monat ab 17:00 Uhr im SUSI Café, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg

GÖTTINGEN

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen
Halboffene Gruppe mit verschiedenen Schwerpunkten (aktuell: Arbeitskampf an Hochschulen, anarchistische Agitation und Freiräume)
Kennenlernen jeden letzten Sonntag im Monat, ab 15 Uhr im JuZI (Bürgerstr. 41 - Göttingen) beim anarchistischen Café Mailadresse: asjgoe@ungehorsam.ch

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 2. Mittwoch im Januar, April, Juli und Oktober ab 19 Uhr
Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr vegane Vokü
jeweils in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KASSEL

Anarchistisches Info-Café
Jeden zweiten Sonntag des Monats, 15 bis 18 Uhr
Infoladen "…an der Halitstraße", Holländische Str. 88, Kassel

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr im Infoladen des Autonomen Zentrums (Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden 1. + 3. Dienstag im Monat ab 18:30 Uhr in der Wurze, (Wurznerstr. 2), 04315 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MÜNCHEN

Anarchistisches Kafe + Vokü
Jeden 2. Donnerstag Abend im Monat im Kafe Marat, Thalkirchnerstraße 102, 80337 München

für sich leben könnten und erst durch bewusste Übertretung der Grenzen anderer mit diesen in Interaktion treten (in gegenseitiger Übereinstimmung oder ohne). Aber diese Vorstellung entspricht nicht der Realität. Menschliches Leben ist immer sozial. Ob wir etwas tun oder nicht tun, hat gleichermaßen immer Einfluss auf andere. Selbst einfach nichts zu tun oder sogar sich selbst zu töten, sind deshalb nicht frei von Auswirkungen auf andere Menschen.

Mit 7.000.000.000 Menschen einen Konsens finden

Dazu wäre eine Gleichmacherei nötig, die nicht möglich ist. Und auch kaum wünschenswert. Menschen sind verschieden. Ihre Einstellungen, Bedürfnisse, Weltbilder, Wünsche sind unterschiedlich.
Selbst wenn wir versuchen, die Auswirkungen unseres Handelns lokal zu halten und also nur wenige Menschen betroffen sind, sind es meist immer noch zu viele, als dass mit allen eine sinnvolle Einigung gefunden werden könnte. Ein paar hundert Aktivistis, die ähnliche Ziele haben: Ok, das geht. Ein paar hunderttausend zufällig in einer Stadt zusammenlebenden Menschen: Unmöglich.

Ich will es gar nicht allen Recht machen

Wir setzen uns ständig über die Meinung anderer hinweg, wo sie uns nicht passt. Wenn wir blau machen, passt das unserer*unserem Chef*in nicht. Wenn wir die soziale Revolution ausrufen, passt das vielen Eigentümer*innen nicht. Wenn wir die Abschaffung von Geschlechterrollen fordern, passt das vielen Männern nicht. Und wir wollen sie gar nicht alle überzeugen. Die Rechtmäßigkeit eines Anliegens entsteht nicht erst durch die Zustimmung aller Betroffenen. Wir sind auch bereit, gegen den Widerstand anderer zu kämpfen, um das durchzusetzen, was wir für richtig halten.
Dieses Dilemma wird häufig aufzulösen versucht, indem zwischen Menschen in Herrschaftsverhältnissen und Menschen auf Augenhöhe unterschieden wird. Damit löst sich das Dilemma zwar scheinbar vorerst auf. Es gibt aber keinerlei logische Begründung dafür, genau an dieser Stelle die Grenze zu ziehen. Der eigentliche Grund dürfte sein, auf diese Weise das Konsensprinzip nicht in Frage stellen zu müssen.
Diese Grenze ist aber nicht nur nicht logisch begründbar, sondern löst das Dilemma auch nur scheinbar auf. Erstens gibt es auch über die Frage, wer wann in Herrschaftsverhältnissen ist und wer wann auf Augenhöhe, keine Einigkeit. Und wieso sollte gerade die Meinung anderer Betroffener hier weniger zählen als meine? Im Extremfall fühlen sich beide Seiten von der anderen unterdrückt – auch in der Realität zu beobachten – das Konsensprinzip wird dann halt auch wieder ignoriert, nur dass es niemand zugibt.
Zweitens ist es auch auf Augenhöhe nicht immer wünschenswert es allen recht zu machen. Es kann eben nicht immer zu einer Einigung gefunden werden. Und wie gesagt gibt es so etwas wie eine neutrale Passivität nicht. Manchen Situationen ist inhärent, dass jeder mögliche Ausgang bedeutet, dass sich eine Partei durchsetzt. Und was passiert dann? Das Anarchistx gibt nach?

Inhalt

FdA/IFA

04 *Bericht über die 3. Libertären Wochen in Köln*

05 *Solidarische Perspektiven entwickeln - jenseits von Wahlen und Populismus*

10 *FdA-Treffen in Hameln: Strategiedikussion und die Kampagne "Solidarische Perspektiven"*

26 *Nachrichten aus den FdA-Gruppen*

Bewegung

11 *Hamburg Anfang Juli - verspätet campen, tanzen, vernetzen, demonstrieren, protestieren und die Entfaltung der bürgerlichen Hetzjagd*

18 *G20: Mehr als Riot*

21 *Bericht von der radical bookfair in Leipzig 22./23. Juli*

Analyse & Diskussion

21 *Leben in Blasen*

25 *Warum ich gegen den Kapitalismus bin...*

28 *Kritik am Konsensprinzip - eine Diskussionsgrundlage*

Termine

31 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen" (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Bericht über die 3. Libertären Wochen in Köln

Im Mai und Juni 2017 fand zum dritten Mal die Veranstaltungsreihe „Libertäre Wochen“ in Köln statt, zu denen das Anarchistische Forum als Veranstalter*in eingeladen hatte. Im Gegensatz zu den vorherigen Terminen war das Allgemeine Syndikat der FAU-IAA nicht mehr dabei, da es sich bereits Ende 2016 aufgelöst hat. Auch keine andere Gruppe, die angefragt wurde, sah sich in der Lage einen eigenen Beitrag zu leisten. Aber gemeinsam mit dem Autonomen Knastprojekt und dem Anarchosyndikalistischen Netzwerk (ASN Köln) konnte im Mai und Juni auf 13 Veranstaltungen eine bunte Themenvielfalt geboten werden.

★ *Von: Georgo Akratis (Anarchistisches Forum Köln)*

Es ging los mit dem Ersten Mai, an dem wir einen Infostand auf dem DGB-Straßenfest am Heumarkt aufgebaut hatten, der auch von zahlreichen Leuten besucht und als Treffpunkt genutzt wurde. Nachdem die Bündnis-Demonstration unter Führung der reformistischen Gewerkschaften auf dem Heumarkt angekommen war, wurde es trotz Regen und nerviger Ansprachen der Funktionär*innen bis zum frühen Abend recht eng auf dem Platz. Gleichzeitig fand in Bonn eine anarchistische Demo statt (siehe auch folgenden Bericht des ASN: asn.blogsport.de/2017/05/01/erster-mai-in-koelnbonn/)

Der Vortrag „Arbeit macht krank? Gemeinsam gegen Stress und Diskriminierung“, der vom Anarchosyndikalistischen Netzwerk organisiert wurde, fand wie fast alle anderen Termine im Autonomen Zentrum statt und war mit einem Dutzend diskussionsfreudiger Teilnehmer*innen recht gut besucht.

Noch mehr Leute kamen aber zum jährlichen AZ-Geburtstagsfest, in dessen Rahmen wir den Film „Projekt A – Eine Reise zu anarchistischen Projekten“ in einem überfüllten Plenumsraum gezeigt hatten, so dass wir leider einige Interessierte nicht mehr hineinlassen konnten.

Im krassen Gegensatz dazu stand – bezeichnend für das inhaltliche Deinteresse an dem Thema – unser Vortrag „Anti-Knast-Arbeit und Transformative Hilfe“. Da nur eine Person gekommen war, entschlossen wir uns im Innenhof des AZ einen gemütlichen Workshop mit Diskussion zu improvisieren, was dann aber noch bis die Nacht hinein zu anregenden Gesprächen führte.

Ähnlich verhielt es sich erstaunlicherweise im Fall der Diskussion „Welche Solidarität mit Kurdistan und Syrien?“, an der immerhin zwei Interessierte kamen und gemeinsam mit den Veranstalter*innen die aktuelle Lage rund um den Rojava-Aufstand zur Sprache brachten.

Weitere Filme, die wir vorgeführt haben, gingen über die Kollektivierungen in der Spanischen Revolution (1936-'39), zur Geschichte der Anarchie und über Klimakämpfe im Hambacher Forst. Diese Veranstaltungen waren zwar unterschiedlich gut besucht, aber meistens gab es im Anschluss noch Diskussionsbedarf.

So richtig „irre“ war dann die MadPride-Parade, eine inklusive Demonstration von Kulturschaffenden gemeinsam mit Selbsthilfeorganisationen von „Behinderten“ und psychisch „Kranken“. Wer mehr darüber erfahren möchte, kann unseren kritischen Aufruf zur Teilnahme nachlesen (anarchistischesforumkoeln.blogsport.de/2017/05/19/anarchie-ist-anders-ein-kritischer-aufruf-zur-madpride-2017/).

Eine weitere Demonstration, der wir uns im Rahmen der Libertären Wochen angeschlossen haben, war der Protestzug der Stadtpolitischen Vernetzung zum Thema „Das Problem heißt Verdrängung“. Hunderte Teilnehmer*innen dieser Tanzparade gegen Gentrifizierung liefen vom Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt“ in der Krefelder Straße mit nerviger Polizeieskorte durch die Innenstadt bis zum im Bestand bedrohten Autonomen Zentrum an der Luxemburger Straße.

Praktische Infos gab es bei unserer Veranstaltung „Refugee Infos“, auf der wir unser neues Faltblatt präsentiert haben und aus unterschiedlicher Betroffenheit über die aktuelle Situation von Geflüchteten in Europa und im Mittleren Osten diskutiert haben.

Ein weiterer Beitrag kam vom Anarchosyndikalistischen Netzwerk mit dem Vortrag „Commons und Kommune – gemeinsam wirtschaften“, wo es um die Frage ging, wie die kollektive Produktion von Gemeingütern uns von der kapitalistischen Warenwirtschaft befreien helfen könnte. Und es wurde diskutiert, wie der Aufbau (bzw. Erhalt) von lokalen, aber überregional föderierten Gemeinschaften in Richtung freiheitlicher Kommunismus führen könnte.

Den Abschluss der Libertären Wochen machte eine Veranstaltung mit aktuellen Infos zur Gefangenengewerkschaft GG/BO, die vom lokalen Solikreis erneut in kleiner Runde durchgeführt wurde.

Gruppe verlassen. Die Entscheidungen der Gruppe spiegeln jedenfalls nicht zwangsläufig die Meinung innerhalb der Gruppe oder auch nur innerhalb einer Mehrheit wieder.

"Eisenärsche" und Gelaber

"Wer die eigene Meinung nicht einbringt, ist selbst schuld." ist eine beliebte Antwort, die eigentlich auch nur Ratlosigkeit widerspiegelt, sowie die Angst, an der Rechtfertigung des als alternativlos angesehenen Konsensprinzips zu wackeln.

Aber ist das in Ordnung? Habe ich nur ein Recht, dass meine Meinung berücksichtigt wird, wenn ich mich traue sie gegen jeden Widerstand und sozialen Druck zu verteidigen? (Beides ist teilweise extrem hoch.) Wenn ich in der Lage bin, meine Gedanken gut strukturiert und überzeugend vorzutragen? Wenn ich Zeit, Energie und Lust habe, mich an jedem Plenum zu beteiligen?

Wenn das so ist, ist das überhaupt nicht emanzipatorisch.

Natürlich kann Freiheit nur in sozialer Interaktion entstehen. Ich muss meine Meinung kommunizieren, damit sie Gehör findet, alleine schon aus praktischen Gründen. Aber muss ich das auf die Art und Weise tun, wie die herrschenden Eliten es mir vorschreiben? Gilt meine Freiheit nur, solange ich die Kraft zum Kämpfen habe?

Es gibt wahrscheinlich in fast jeder Gruppe sogenannte Eisenärsche. Die sitzen fünf Stunden im Plenum und diskutieren und fühlen sich dabei wohl. Und es gibt wahrscheinlich in fast jeder Gruppe Laberer. Die haben nichts beizutragen, aber reden trotzdem viel, weil sie sich dann besser fühlen. Sie wiederholen, was andere sagen, sprechen das Offensichtliche aus, reden oft am Thema vorbei und sorgen dafür, dass sich die Argumentation im Kreis dreht. Letztere beteiligen sich vor allem an unwichtigen Diskussionen. Es passiert dann häufig, dass in den ersten Stunden über Nichtigkeiten diskutiert wird, die gar nicht in der Gruppe entschieden werden müssten, und in der letzten Stunde, wenn niemand mehr Bock hat, die Eisenärsche die eigentlichen Entscheidungen treffen. Da wäre eine Abstimmung vielleicht besser gewesen.

Was darf die Gruppe überhaupt entscheiden?

Diese Frage ist selten klar definiert, beziehungsweise Menschen haben unterschiedliche Ansichten darüber. Wie gesagt, werden unwichtige Themen oft ewig lang diskutiert, die vielleicht gar nicht alle betreffen oder interessieren. Oder es werden für – alle bindend – Entscheidungen getroffen, die einzelne Mitglieder gar nicht als von der Gruppe entscheidbar ansehen. Ein Veto wird vielleicht um des lieben Friedens Willen nicht eingelegt oder die besagten Mitglieder sind vielleicht gar nicht anwesend. Aber weil es ja ein „Konsens“ ist, den „alle“ mitgetragen haben, sind auch alle zur Einhaltung verpflichtet.

Konsens ist nicht das Entscheidende

Worauf ich hinaus will: Die entscheidende Frage in einer Gruppe ist letztendlich nicht, ob im Konsens entschieden wird oder nicht. Die entscheidende Frage ist, ob alle sich mit der Art der Entscheidungsfindung wohlfühlen und die Entscheidungen tatsächlich mittragen. Das garantiert das Konsensprinzip nicht zwangsweise, beziehungsweise in der Praxis auch gerade wegen der hohen Erwartungen schlechter als andere Entscheidungsverfahren. Bei einem Mehrheitsentscheid ist zumindest leichter durchschaubar, dass es keinen prinzipiellen Anspruch auf Gültigkeit gibt, sondern die Abstimmung lediglich dem praktischen Bedürfnis entspringt, eine gemeinsame Entscheidung zu treffen.

Entsprechend sind Gruppenbildungsprozesse, die Bildung von Vertrauen, eine offene und ehrliche Kommunikation und kritische Reflexion der Gruppenstrukturen wesentlich sinnvoller als „Konsenszwang“.

Probleme außerhalb von Gruppen

Das Konsensprinzip wird auch außerhalb von Gruppen als Entscheidungsprinzip diskutiert. Wie gesagt: Alle von einer Entscheidung Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, mitzudiskutieren und ein Veto einzulegen.

Ein Teil der gerade angesprochenen Probleme innerhalb von Gruppen überträgt sich auch auf diese allgemeine Situation. Hinzu kommt allerdings noch, dass es nahezu unmöglich ist, die Betroffenen zu bestimmen und dass es manchmal nahezu unmöglich ist, sie alle in die Entscheidung einzubeziehen. Abgesehen davon, dass das gar nicht immer wünschenswert ist.

Wer ist betroffen?

Die Folgen unserer Handlungen abzuschätzen, ist im Allgemeinen unmöglich. Klar: wenn ich ein Haus abreiße, um eine Autobahn dorthin zu bauen, sind die in dem Haus Wohnenden betroffen. Aber wer noch? Diverse Bauunternehmen, Menschen, die die Autobahn nutzen wollen, etc. Soweit die direkt Betroffenen. Was ist aber mit denen, die wirtschaftlich von einer höheren Mobilität und Infrastruktur profitieren? Wer da dazugehört, ist bereits unüberschaubar. Aber was ist erst mit denen, die von den Auswirkungen auf die Natur betroffen sind? Das ist schon so ungefähr die ganze Welt, inklusive aller Menschen, die jemals geboren werden.

Also, um es anders auszudrücken: Alles, was wir tun hat Einfluss auf unsere Umwelt und selten sind die Folgen unseres Handelns so begrenzt, dass wir sie voll überblicken könnten. Es allen Betroffenen recht machen zu wollen, ist naiv und schlicht unmöglich. Diese Idee geht von einer Vorstellung aus, in der es nur Individuen gibt, die prinzipiell alle

Kritik am Konsensprinzip – eine Diskussionsgrundlage

Das Konsensprinzip – oft als Stein der Weisen gefeiert – ist, wie es meist angewandt wird, alles andere als freiheitlich.

★ *Von: Dave aus K*

Früher (teilweise auch heute noch) wurde auch in anarchistischen Zusammenhängen meistens einfach abgestimmt. Je nach System hat sich eine Meinung mit einfacher Mehrheit oder xx%-Mehrheit durchgesetzt und wurde zur allgemeinen Regel.
Dem Konsensprinzip hingegen liegt der Gedanke zugrunde, dass eine Entscheidung nur dann rechtmäßig ist, wenn alle Betroffenen einverstanden sind, also zumindest kein Veto einlegen. Es soll zwischen allen Beteiligten ein Konsens erzielt werden. Eine sympathische Idee und es ist verständlich, wieso sie so beliebt ist. Ob das praktikabel ist oder nicht, sei dahingestellt. Dass Entscheidungen komplett blockiert würden oder Gruppen auseinanderbrächen, passiert jedenfalls sehr selten.
Das Konsensprinzip hat aber auch Probleme. Alle Aussagen von mir, die sich auf praktische Probleme beziehen, basieren einerseits auf selbst gemachten Erfahrungen, andererseits auf dem Austausch mit anderen oder auf Dingen, die ich gelesen habe. Wie immer also. Ich möchte das nur erwähnen, weil natürlich andere Menschen völlig gegensätzliche Erfahrungen gemacht haben könnten. Dann wäre ich froh, davon zu erfahren.

Probleme in Gruppen

Theoretische Probleme
In Gruppen, die nach dem Konsensprinzip entscheiden, gibt es ein Problem: Das Konsensprinzip wird zu einem Konsenszwang, weil die Gruppe ohne Konsens handlungsunfähig wäre. Wie gesagt passiert letzteres kaum. Das liegt aber häufiger an sozialem Druck oder faulen Kompromissen als daran, dass es immer Einigkeit gäbe.
Ein anderes Problem, das auch andere Gruppenentscheidungen betrifft, ist die Konstruktion einer Gruppenidentität, die dazu nötig ist. Eine Gruppe kann nicht entscheiden, ohne dass das Individuum ein Stück weit in der Gruppe aufgeht. Denn sonst gäbe es nur eine Ansammlung von Individuen, die sich austauschen und entweder eine Einigung finden oder nicht.
Also gibt es Gruppen, die als Gruppe entscheiden und in denen das Individuum ein Stück Individualität zugunsten der Gruppenidentität aufgibt. Um diese Gruppen möglichst herrschaftsarm zu gestalten, sollten die Entscheidungen auf einer Grundlage getroffen werden, der alle Beteiligten ohne Zwang zustimmen. Wenn alle sich einig sind, dass die Gruppe betreffende Entscheidungen über Abstimmungen getroffen werden, ist das genauso gut, wie wenn alle sich einig sind, dass sie im Konsens getroffen werden oder sie von Einzelnen getroffen werden können.
Es lässt sich darüber streiten, ob das noch Anarchie ist. Aber genauso lässt sich darüber streiten, ob Gruppenidentitäten und kollektive Entscheidungsfindung noch Anarchie sind. Und wenn ich sage "es lässt sich darüber streiten", meine ich tatsächlich nicht, dass ich dazu schon eine vorgefasste Meinung habe, sondern dass ich mich über mehr Meinungsaustausch zu solchen "Knackpunkten" freuen würde.
Konsensentscheidungen haben also ein Problem der theoretischen Legitimation, wenn sie nicht bloß als Hilfsmittel, sondern als per se herrschaftsfreie Art der Entscheidungsfindung angesehen werden. Dementsprechend kann das Konsensprinzip nicht zum Dogma erhoben werden, sondern die Gruppe muss letztendlich selbst abwägen, welche Art zu entscheiden sie für herrschaftsarm oder in sonstiger Hinsicht für sinnvoll hält.

Allein gegen alle
Ein Problem in der Praxis ist, dass Konsensentscheidungen eigentlich gar keine sind. Das erste Problem ist die Praxis des Vetorechts. Eine Entscheidung wird nicht getroffen, wenn eine Person widerspricht. Das blockiert im Extremfall nicht nur den Entscheidungsprozess, sondern eine einzige Person kann der Gruppe ihre Meinung aufzwingen. Und es gibt auch keine Möglichkeit, das argumentativ abzuschwächen.
Die erste Idee wäre zu definieren, dass der Status Quo eben erhalten bleibt, wenn es keine neue Entscheidung gibt. Das macht das Konsensprinzip konservativ, aber gerecht. Dem Status Quo haben ja alle irgendwie zumindest implizit zugestimmt. Aber wieso sollten sich Meinungen nicht ändern? Oder Meinungen von neuen Gruppenmitgliedern weniger zählen? Wieso sollte ein Veto gegen den bestehenden Zustand weniger Gültigkeit haben als eines gegen eine Veränderung? Was, wenn Veto gegen Veto steht? Dann müsste die Gruppe entweder eine Einigung über ihre Uneinigkeit finden. Zum Beispiel sagen "Da ist unsere Gruppe uneinig." oder "Zu diesem Punkt brauchen wir als Gruppe keine gemeinsame Meinung haben." oder wenn das nicht geht, müsste sich die Gruppe auflösen oder spalten.
Das ist aber extrem unpraktisch und für Teile der Gruppe (oder die gesamte Gruppe) oft mit unangenehmen Konsequenzen verbunden. In der Praxis setzen sich dann einfach die Durchsetzungsstärksten, Konfliktfreudigsten durch und entscheiden als kleine Minderheit unter sich. Der Rest hört nur zu und fügt sich, während einzelne Unzufriedene die

Solidarische Perspektiven entwickeln – jenseits von Wahlen und Populismus

"Es gibt keinen Wahnsinn, der größer ist, als die heutige Organisation unseres Lebens." (G.D.)

★ *Von: Anarchistische Gruppe Freiburg*

Vielerorts in Europa verzeichnen rechtspopulistische Parteien wie die AfD[1] einen enormen Zuwachs an Wähler*innenstimmen. Gleichzeitig gewinnen in Südeuropa „linkspopulistische" Kräfte an Einfluss: Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien. Der linke Flügel der sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, England und Deutschland (samt der Partei die Linke) liebäugelt ebenfalls mit einem linken Populismus. Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wurde schließlich deutlich, dass es sich beim derzeitigen Aufstieg des Populismus nicht um ein rein europäisches Phänomen handelt.

Es wäre natürlich falsch, Rechts- und Linkspopulismus einander gleichsetzen zu wollen. Denn zwischen der offen nationalistischen und rassistischen Programmatik des Rechtspopulismus und dem Linkspopulismus, der oftmals wichtige Themen wie mangelnde soziale Gerechtigkeit anspricht, bestehen natürlich erhebliche Unterschiede. Dennoch darf über Gemeinsamkeiten im Weltbild von Populist*innen nicht hinweggesehen werden. Wo sich linke und rechte Populist*innen trotz aller Differenzen einig sind, ist ihre Liebe zum „einfachen Volk", das sie gegen das nationale "Establishment", die "EU-Eliten" und das "internationale Finanzkapital" zu verteidigen gedenken.

Der Linkspopulismus ist in diesem Sinne nicht einfach eine reformistische Spielart linker Politik, sondern geht in seiner Weltsicht von gefährlichen Vereinfachungen aus. Er ersetzt die Analyse kapitalistischer Herrschaftsstrukturen durch den simplen Konflikt "Volk gegen Elite". So steht er immer bereits an der Schwelle, ins Nationalistische und Reaktionäre abzugleiten. Wer allein die "korrupte Elite" kritisiert, kommt schnell zu dem Schluss, diese schlicht durch die eigene, vermeintlich aufrichtigere Elite ersetzen zu wollen. So ist es kein Zufall, dass linke wie auch rechte Populist*innen auf starke Führungsfiguren und charismatische Heilsbringer*innen - wie Marine le Pen oder Pablos Iglesia - setzen, während sie ihren Anhänger*innen die „direkte Demokratie" und die „Herrschaft des Volkes" versprechen. Ebenso schnell wird aus einer Kritik der Europäischen Union als vermeintlicher Hort des Neoliberalismus eine Verklärung des bürgerlichen Nationalstaats, der linken Populisten plötzlich als Garant von Sozialstaatlichkeit und Solidarität vorschwebt. So treffen sich linke und rechte Populist*innen immer wieder in ihrer Liebe zum Vaterland, das sie - wenn auch aus verschiedenen Motiven - stärken und abschotten wollen.

Immer wieder ist rechten wie linken Populist*innen auch ein verklärter Blick auf die vorgeblich bessere Vergangenheit gemein: Eine gegebene Situation ist nur als unerträgliche zu erkennen und damit auch als eine, welche verändert werden muss, wenn sie als Mangel in Bezug auf ein mögliches Anderes erkannt wird. Doch eingebunden in die gegebenen Umstände ist es oft nicht möglich, etwas Anderes als das Gegenwärtige zu denken. Indem Populist*innen auf „alte" Traditionen und Werte rekurrieren, verweisen sie auf etwas schon Dagewesenes und versprechen somit eine Scheinflucht aus der gegebenen Situation. Einfache politische Lösungen, wie "Zurück zur nationalen Souveränität" oder „Grenzen schließen" versprechen Besserung. Die Populist*innen zeigen also ein konkretes Ziel auf und nehmen dadurch die Unsicherheit, die sonst häufig in linken Forderungen mitschwingt.

Denn wer kann wissen, wohin es führte, wenn etwa die Aufhebung aller Grenzen oder die Abschaffung der Lohnarbeit praktisch umgesetzt würde. Der Weg in etwas noch nie Dagewesenes kann scheitern. Hinzu kommt, dass die revolutionäre Linke sich oft nur in der Rolle der Kritikerin wiederfindet und dabei keine konkreten Schritte zur Umsetzung ihrer Utopien anbieten kann. Es gilt daher auf der einen Seite den Populismus zurückzuweisen und auf der anderen eigene solidarische Alternativen zu entwickeln.

Von der wirtschaftlichen Krise zur politischen Krise

Der globale Kapitalismus hat derzeit ein großes Problem: Er ist zu produktiv. Mit dem Einsatz von immer weniger menschlicher Arbeitskraft können immer mehr Güter hergestellt werden. Was zunächst nach Fortschritt klingt, wird in kapitalistischen Gesellschaften zum Problem: Durch die fortschreitende Rationalisierung der Produktion werden immer mehr Menschen arbeitslos und können somit auch die hergestellten Produkte nicht mehr kaufen. Dies führt zu wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, wie zuletzt der Finanz- und Euro-Krise seit 2008. Deutschland hat diese Krise vergleichsweise glimpflich überstanden – maßgeblich durch einen vorrauseilenden Abbau des Sozialstaats (Agenda 2010) und den Lohnverzicht der deutschen Lohnarbeiter*innen. Die herrschende Klasse in Deutschland konnte daraufhin aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht den anderen europäischen Staaten eine bis dato beispiellose Austeritätspolitik aufzwingen. Diese Politik hatte und hat noch immer eine massive Verarmung der südeuropäischen Länder (v.a. Griechenlands) zur Folge. Die linken Populist*innen konnten sich deshalb mit ihrer Opposition zu der von Deutschland dominierten EU und ihren sozialen Versprechungen in diesen Ländern als Retter in der Not darstellen.

[1] *Um nur einige zu nennen: der „Front National" in Frankreich, die „FPÖ" in Österreich, „Fidez" in Ungarn, die „Dänische Volkspartei" in Dänemark, die „Schwedendemokraten" in Schweden, die „PiS" in Polen, die „SVP" in der Schweiz, die „MoVimento 5 Stelle" in Italien, „die Finnen" in Finnland, die „Nationale Vereinigung" in Lettland, die „Fortschrittspartei" in Norwegen, die „PVV" in den Niederlanden, „UKIP" in Großbritannien, die „Vereinigten Patrioten" in Bulgarien, usw.*

Da im Kapitalismus aber nur für diejenigen produziert wird, die die Waren auch kaufen können und beim derzeitigen Entwicklungstand der Produktivkräfte der Bedarf an billigen Arbeitskräften weitgehend gedeckt ist, sind ganze Weltregionen für das Kapital von geringem Interesse. In weiten Teilen des Nahen Ostens und Ostafrikas bringt weder der Aufbau neuer Absatzmärkte noch die Investition in Produktionsmittel neue Gewinne. Die Folge sind Massenelend und andauernde Verteilungskriege um die wenigen Ressourcen. Nicht wenige Menschen sehen ihre einzige Zukunftsperspektive in der Flucht nach Europa. Dort treten dann die rechten PopulistInnen mit ihrem Versprechen auf, den nationalen Reichtum und eine diffuse Vorstellung nationaler Kultur vor Migrant*innen schützen zu wollen. Das verschafft ihnen Erfolg; freilich ohne die Verhältnisse verändern zu wollen die Menschen zur Flucht treiben. Der von Rechts propagierte, ökonomische Protektionismus wird zudem kaum etwas gegen wirtschaftlichen Verfall und zunehmende Arbeitslosigkeit ausrichten können.

Populismus von Rechts

Technischer Fortschritt, über 30 Jahre neoliberale Wirtschaftspolitik bei gleichzeitigem Sozialabbau, eine globalisierte Wirtschaft, eine in arm und reich gespaltene Gesellschaft – es wird kein Zurück mehr geben zu den prosperierenden 1950-70ern, auch wenn AfD & Co das in ihren nationalkonservativen Programmen suggerieren. Sie treffen damit den Nerv eines von Abstiegs- und Existenzängsten geplagten Kleinbürgertums, das sich in eine (scheinbar) weniger komplexe Epoche zurücksehnt, in der es noch eine tatsächliche Chance auf das bürgerliche Glücksversprechen gab und in der Klassenmobilität nicht nur abwärts funktionierte. Das Eigenheim für die Familie und vielleicht sogar ein eigener Betrieb – solcherlei Zukunftswünsche sind für immer weniger Menschen erreichbar. Weite Teile des Kleinbürgertums und der verbürgerlichten Arbeiter*innenklasse erkennen nicht, dass dieses Scheitern an den Erwartungen eine direkte Folge der kapitalistischen Ökonomie und ihrer unvermeidlichen Krisen ist. Der Glaube, dass es jede*r in dieser Gesellschaft zu etwas Besserem bringen könne, wenn man nur ordentlich Leistung bringe, ist Ideologie: Ein falscher Schein, den aufrechtzuerhalten im Interesse derer liegt, die von den derzeitigen Verhältnissen profitieren. Der Niedergang von kämpferischen Arbeiter*innenbewegungen einerseits, die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits haben weiter dazu beigetragen, dass prekarisierte Lebensumstände und das Scheitern an bürgerlichen Erwartungen nicht als Resultate der kapitalistischen Entwicklung wahrgenommen werden. Stattdessen findet eine Projektion der Abstiegsängste auf die Schwächeren und "Anderen" in dieser Gesellschaft statt: Auf Flüchtlinge, aber auch auf Frauen, die keinem konservativem Rollenbild entsprechen wollen und auf Menschen, die ihre Sexualität nicht nach heterosexuellen Normen leben.

Sichtbar werden diese Projektionen natürlich im unverhohlenen Rassismus und der Feindschaft gegen diejenigen, die vor viel Schlimmerem als drohendem Hartz IV fliehen. Sichtbar werden sie auch in einem etwas subtileren Antifeminismus, in dem die gespürte Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen durch den Schutz der "sicheren Insel" Familie kompensiert wird. Das auf Veranstaltungen wie der homo- und transphoben "Demo für Alle" propgierte Feindbild der "Regenbogen-Pädagogik" passt in dieses Bild. Zwar wird auch "das Establishment" als Verursacher einer drohenden Prekarisierung identifiziert, jedoch folgt daraus keine Kritik sozialchauvinistischer Programme wie der Agenda 2010 oder gar der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Lieber schimpft man auf die links-grüne Hegemonie, deren Political-Correctness-Diktat die Meinungsfreiheit einschränke und die den Volkstod durch Migration herbeiführe. In ihrer Agitation gegen den "Globalismus" wirken schließlich auch antisemitische Stereotypen fort. Der Rechtspopulismus forciert einen Kulturkampf, um nicht über den Kapitalismus reden zu müssen. Wir, das Volk, gegen alle, die wir nicht haben wollen und die wir als Volksfeinde ausmachen. Ein klassisches Stück faschistischer Rhetorik: Vaterland statt Klassenkampf.

und von Links

Der linke Populismus à la Syriza oder Podemos glaubt, mit einem letztlich sozialdemokratischen Programm, die kapitalistische Krise bewältigen zu können: Antizyklische Wirtschaftspolitik, staatliche Investitionen, die Verstaatlichung von Bankwesen und Schlüsselindustrien, eine "Reichensteuer". Doch wer den Kapitalismus nur regieren, nicht aber überwinden will, bleibt gefangen in der Dynamik der kapitalistischen Krisen. Der Staat mag hier und da justieren können, an der Grundlage wird er, insbesondere in Zeiten des globalisierten Kapitals, nichts ändern können, solange die herrschende Klasse weltmarktfähig bleiben will (und das will sie). Der Linkspopulismus will nun, da er eben von den Klassen nicht sprechen will, die Völker vor den Konzerten.org/index.php?id=243

CindyCat – die Branchengruppe Kunst/Kultur der FAU Dresden hat ein Plakat mit dem Titel “Mach ich’s umsonst? / Wann will ich wie viel Geld für meine Arbeit?” erstellt. Es richtet sich an Künstler_innen und Kulturschaffende, aber auch an andere prekäre Kreative, selbstständige Projektemacher_innen u.ä. und ist bald bundesweit erhältlich.

Freiburg

Die Anarchistische Gruppe Freiburg (AGFR) hat zur FdA-Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln - jenseits von Wahlen und Populismus" einen ausführlicheren Text veröffentlicht, in dem sie u.a. auf die aktuellen populistischen Parteien von rechts und links in Europa eingeht, sich mit der gegenwärtigen Situation im Kapitalismus und mit Wahlen allgemein auseinandersetzt sowie ihre solidarische Perspektive skizziert (siehe ihren Text in der aktuellen Gaidao).
Mit einem Transparent und einem Flugblatt war die AGFR bei der ersten Podiumsdiskussion in Freiburg zur kommenden Bundestagswahl zugegen um ihre Kritik an allen Parteien zu vermitteln.
Mitte Juli organisierte die AGFR ein Zine-Fest mit Workshops zu „Introduction to Fiction“ & „Zine Making“. Juli ist der internationale Monat des Zines. 2009 von dem Blog Stolen Sharpie Revolution ins Leben gerufen, widmet sich der Themenmonat der Mission, die kleinen, selbstgemachten Zeitschriften namens Zines bekannter zu machen.
Unter dem Motto "150 Jahre „Das Kapital“? 100 Jahre „Oktoberrevolution“? 50 Jahre „Die Gesellschaft des Spektakels“? 8 Jahre „Anarchistische Gruppe Freiburg“? (K)ein Grund zum Feiern! organisierte die AGFR ein Solikonzert+Party für anarchistische Politik in u. um Freiburg

Hamburg

Bei den vielfältigen Protesten gegen den G20-Gipfel beteiligten sich auch viele in der FdA organisierte Anarchist*innen.

Herrenberg

Das Libertäre Bündnis Ludwigsburg hat beim Lecko-mio-Festival in Herrenberg einen Büchertisch organisiert, der auf großes Interesse bei den Besucher*innen stieß.

Kaiserslautern

Die lokale anarchistische Zeitschrift "Neies Lautre" erschien Ende Juni zum mittlerweile 8. Mal durch die lokale Anarchistische Initiative. In der Zeitung werden lokale Projekte und Kämpfe vorgestellt, es kommen Aktive zu Wort - ebenso wie zwei Flüchtlinge aus Syrien, die u.a. von ihren Erfahrungen in der Stadt berichten. Abgerunden wird die Zeitung durch einen Kulturteil.

Karlsruhe

Mit einem kurzen Input hat die Libertäre Gruppe Karlsruhe (LGKA) die Kampagne „Solidarische Perspektiven entwickeln – jenseits von Wahlen und Populismus" Anfang Juli bei einem Brunch vorgestellt.
Nach der verhinderten Abschiebung eines Schülers in Nürnberg Ende Mai sind mehrere Personen von polizeilicher Repression betroffen. Eine Person sitzt seitdem auch in Untersuchungshaft. Die LGKA hat sich mit einer Solidaritätsbotschaft mit all diesen Betroffenen von polizeilicher Repression solidarisch erklärt.
Am 07.07.2017 gab es eine Spontandemo zu #NoG20 mit etwa 70 Personen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen, darunter auch Leute der LGKA.
Mitte Juli veranstaltete die LGKA den Vortrag "Einführung in die Kritik des Nationalismus".
Die LGKA beteiligte sich an den Protesten gegen den Naziaufmarsch von KA-wehrt sich.
Auch im Juli organisierte die LGKA einen Umsonstflohmarkt. Neben dem Umsonstflohmarkt konnten die Besucher*innen auch die Ausstellung "Selbstverwaltete Projekte in Karlsruhe" ansehen, es gab eine Siebdruckwerkstatt, veganes Essen und Kuchen sowie ein musikalisches Programm
Anlässlich der FdA-Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln" organisierte die LGKA eine Soliparty.
„Sex als Arbeit?“ - so hieß die Inputveranstaltung mit Carolin Küppers, welche die LGKA im Rahmen der FdA-Perspektiven-Kampagne Ende Juli organisierte.

Köln

Ende Juni organisierten about:fem und das Anarchistische Kollektiv Köln (AKK) den Vortrag „Sexy Time?! Sprechen über und beim Sex“.
Das AKK hat Anfang Juli Gefährt*innen von "Zucker im Tank" eingeladen, ihren Mobi-Vortrag für Kleingruppen-Aktionen gegen den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier zu halten. Als weitere Veranstaltung mit "Zucker im Tank" wurder ein Workshop zu Gefangenensammelstelle und Knast gehalten.
Die anarcha-feministische Gruppe "Lila Lautstark" hat beim 10 Jahre Schüler*innen gegen Rechts Event den Workshop “Was ist Feminismus?” gehalten.

Krefeld

Am 1. Juli wurde durch die AG Krefeld das neue anarchistische Ladenlokal H5 eröffnet. Die Besucher*innen erwartete schon im Juli einige regelmäßige Veranstaltungen, wie beispielsweise zwei Mal pro Woche ein veganfreundliches Mitmachfrühstück oder ein wöchentlicher Mal- und Zeichenworkshop.

Ludwigsburg

Ende Juni organisierte das Libertäre Bündnis Ludwigsburg - (LB)² - ein offenes Treffen um Leute in Kontakt zu bringen, die unabhängig von der Gruppe lokale Aktionen gegen kapitalistische und menschenverachtende Missstände auf die Beine stellen wollen.
Ebenfalls Ende Juni organisierte (LB)² den Vortrag "Nichtkommerzielle Projekte" im Rahmen der FdA-Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln".
Auf dem "Mut gegen Rechts"-Festival Mitte Juli war (LB)² mit einem Büchertisch präsent. Auch bei der am selben Tag stattfindenden Demo sowie an der Organisation des Festivals beteiligten sich mehrere Einzelpersonen aus der Gruppe.
Gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD in Ludwigsburg protestierten ca. 120 Menschen. Auch (LB)² beteiligte sich an den Protesten.

Dosen. Mitten im Überfluss entsteht so stets aufs Neue das Gefühl von Knappheit. Die meisten Menschen reagieren darauf mit Hilfe der Ideologie, die sie im Laufe der letzten 150 Jahre tief verinnerlicht haben: Arbeit, Arbeit, Arbeit" (Schnack/Gesterkamp, S. 58).

Die Philosophen der Kritischen Theorie Theo W. Adorno und Max Horkheimer schrieben es nicht anders: *„Die Gewalt der Industriegesellschaft wirkt in den Menschen ein für allemal. Die Produkte der Kulturindustrie können darauf rechnen, selbst im Zustand der Zerstreuung (schnell) konsumiert zu werden. Aber ein jegliches ist ein Modell der ökonomischen Riesenmaschinerie, die alle von Anfang an, bei der Arbeit und der ihr ähnlichen Erholung, in Atem hält..."* (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971, S. 114). Und so bleiben wir in einem ewigen Kreislauf menschlicher Sackgassen, rennen weiter und weiter, passen uns und andere an, während Menschlichkeit durch das ökonomische System jeden Tag unterlaufen wird.

Was uns angesichts dessen bleibt, ist der Versuch, *nicht* den kapitalistischen Verheißungen nachzurennen und eine kritische Distanz zu kapitalistischen Werten. Setzen wir statt auf Konkurrenz auf Solidarität, dazu gehört Solidarität mit jenen, denen es nicht gut geht, Solidarität mit Benachteiligten, die Solidarität mit den Armen hier und in der Welt, die Solidarität mit Geflüchteten, bauen wir auf Freundschaft statt auf Nutzbeziehungen, setzen wir auf Entfaltung unserer *wirtschaftsfernen* Fähigkeiten, machen wir uns nicht zur Ware. Setzten wir auf Langsamkeit statt Eile, auf Selbstentfaltung und Muße statt auf Leistungsstreben, setzen wir auf Phantasie statt Karriereplan, auf Selbstbestimmung statt Gehorsamkeit, machen wir uns als Menschen zum Selbstzweck und nicht zum Mittel für materiellen Profit, und hören wir auf, so zu tun, als wäre mit Konsummöglichkeiten die Aussicht auf Glück bereitgestellt. Hören wir auf mit dem kapitalistischen Leben als Gesamtfließband. *Es gibt kein richtiges Leben im Falschen,* sagte der Philosoph Adorno, hören wir also mit dem Falschen auf.

Nachrichten aus den FdA-Gruppen

Hier werden besondere Veranstaltungen und Aktionen der FdA-Gruppen dokumentiert – in dieser Ausgabe im Zeitraum von Ende Juni bis 27. Juli 2017. Regelmäßige, beispielsweise jeden Monat stattfindende) Termine der Gruppen wie Offene Treffen, Kneipenabende, Voküs oder Radiosendungen werden hier nicht aufgeführt (sondern sind in der Rubrik "FdA-hautnah" abgedruckt).

Berlin

Bei der Räumung des Kiezladens Friedel54 Ende Juni begleitete das Anarchistische Radio Berlin (A-Radio Berlin) mit 2 Audio-Berichten vor Ort die Proteste gegen die Zwangsräumung

Das A-Radio Berlin dokumentierte auf ihrer Homepage in Form eines Audios eine Veranstaltung von Ende Gelände zum Thema „Rojava – eine ökologische Revolution?". Die Veranstaltung bestand aus einem Podiumsgespräch mit anschließenden Fragen aus dem Publikum.

Eine Sondersendung von Resonanz Con(tra)sens in Zusammenarbeit mit dem A-Radio Berlin stellt anhand von Interviews und Musikstücken die "RotzfrecheAsphaltKultur (RAK)" vor - ein Zusammenschluss von linken (Straßen)musiker*innen, Theaterleuten und anderen Kleinkünstler*innen.

Eine A-Radiosendung mit einem Aktivisten im Amazonasgebiet von Brasilien befasste sich u.a. mit den bisherigen Kämpfen der idigenen Bewegungen vor Ort gegen die kapitalistische Ausbeutung und Ausbreitung. Die Sendung ist auf Englisch.

Dortmund

Ende Juni fand das Vorbereitungstreffen für den Bildungskurs der Schwarzen Ruhr Uni zum Thema: "Sexuelle Befreiung aus anarchistischer Sicht" im anarchistischen Buch- und Kulturzentrum Black Pigeon statt.

Die Anarchistische Gruppe Dortmund (AGDo) hat anlässlich der Zwangsräumung der Friedel54 in Berlin mit einem Soli-Banner ihre Solidarität mit den Betroffenen der Zwangsräumung kund getan.

Ein Audio des Vortrags "Demokratie oder Freiheit" hat die AGDo auf ihrer Homepage veröffentlicht

Lila Lautstark hat im Anarchistischen Zentrum Black Pigeon eine Infoveranstaltung über Zucker im Tank und die Aktionstage im Rheinland veranstaltet.

Dresden

Die Schwarz-roten Bergsteiger*innen gaben der Zeitung "Contraste - Zeitung für Selbstorganisation" Anfang des Jahres ein Interview. Hier kannst du es nachlesen: http://www.contras-

nen beschützen. Damit begibt er sich auf gefährliches Terrain: Nämlich eines, in dem die Flanke nach rechts offen ist und ehemals Linke darüber sprechen müssen, wer denn nun zum Volk gehört und wer nicht.

Eine besonders erbärmliche Spielart des linken Populismus kommt, wie nicht anders zu erwarten, von der deutschen Sozialdemokratie: Ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz stellt sich als einfacher Mann aus dem Volk dar, sein Hauptthema ist Gerechtigkeit. Keine Rede davon, dass er als Präsident des EU-Parlaments die Verelendigungspolitik gegenüber Griechenland mitgetragen hat; keine Rede davon, dass es die SPD war, die für die Zumutungen für Geringverdiener*innen in Deutschland maßgeblich verantwortlich ist. Schulz redet von den "einfachen Leuten", für die er kämpfen will, wie wenn es ihm tatsächlich um Solidarität ginge. Mitnichten. Wer eh keine Chance hat, wird von Schulz kommentarlos abgeschrieben: Die luftigen Reden sind an die gerichtet, deren Renten schon halbwegs sicher sind. In den populistischen Reden geht unter, dass die versprochene Abmilderung der Hartz IV-Gesetze nur für langjährige Lohnabhängige gelten soll, Schulz aber die Hartz IV-Gesetze als Disziplinarmaßnahme für Langzeitarbeitslose selbstverständlich gut heißt. Auch ansonsten hat er an der Fortführung des neoliberalen Wirtschaftsprogramms, mit dessen Umsetzung die SPD auch weiterhin den sozialen Frieden für das Kapital hüten wird, nichts auszusetzen.

Wer auf die Eroberung der Staatsmacht statt auf die Zerschlagung des Staates zielt, wird keinen Ausweg aus der alltäglichen Misere finden. Eine Gesellschaft ohne Eigentum an Produktionsmitteln, ohne Herrschaft von Menschen über Menschen, ohne mörderische Grenzen, ohne den Zwang zur kaputtmachenden und hirntötenden Tretmühle namens Lohnarbeit und ohne der latenten Angst vor dem Verlust der materiellen Existenz wird es nur jenseits von Staatlichkeit und Kapitalismus geben können. Etwas, was der linke Populismus nicht anbieten kann und will.

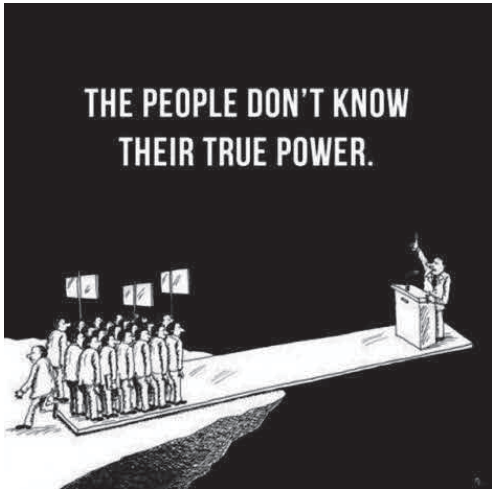
Jenseits der Wahlen

Der Gang an die Wahlurne im September wird die vielfältigen Probleme, die wir als fragmentierte und gespaltene Klasse der Lohnabhängigen haben, nicht lösen können. Um dies zu begreifen, müssen wir die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie verstehen.

Die Idee der demokratischen Ordnung sieht das Volk – im Sinne der breiten Masse – als Träger der Staatsgewalt. Dennoch werden politische Entscheidungen nicht von der breiten Masse, sondern durch Berufspolitiker*innen getroffen. Das Handeln der Regierung im Parlament muss dabei gleichermaßen als bewusste Anwendung politischer Machtstrategien, wie auch als Reaktion auf bewusstlose, unkontrollierbare ökonomische Prozesse verstanden werden. Denn Politik bleibt insbesondere auf den Feldern der Wirtschafts- & Sozialpolitik angewiesen auf eine funktionierende und profitable nationale Wirtschaft, deren Profite über Steuern abgeschöpft werden müssen, möchte sie sich nicht ihre eigenen Handlungsgrundlage entziehen. Die kapitalistischen Verhältnisse setzen jedem politischen Handeln so einen bestimmten Rahmen. Bald schon treten ökonomische Sachzwänge und vermeintlich alternativlose Kürzungen oder Privatisierungen in Konflikt mit einstigen Wahlversprechen. So simulieren Wahlkampf und Wahlakt eine weitreichende politische Gestaltbarkeit, die in kapitalistischen Verhältnissen in diesem Umfang nicht gegeben ist. Indem Wahlen Vielfalt suggerieren, wo tatsächlich die Einfalt der Einsicht in die kapitalistische Rationalität vorherrschen muss, kommt ihnen eine legitimatorische Funktion zu. Sie organisieren die Zustimmung der Bevölkerung, die mit dem bürgerlichen Parteiensystem lediglich die Auswahl zwischen verschiedenen Verwaltern der kapitalistischen Misere hat. Denn was hierbei nie zur Wahl steht, ist das kapitalistische und staatliche System als Ganzes.

Eine Studie der Nichtregierungsorganisation Oxfam hat es noch einmal deutlich gemacht: Die Konzentration des weltweiten Reichtums ist extrem ungleich. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung hatte 2016 mehr Vermögen angehäuft, als die restlichen 99 Prozent zusammen. Die kapitalistischen Gesellschaften sind immer noch Klassengesellschaften, in denen es einen strukturellen Antagonismus (Gegensatz) zwischen denen gibt, welche die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzen und jenen, welche von ihnen getrennt sind, die also nichts weiter als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben.

Dies führt zu unvermeidlichen Reibungen, Auseinandersetzungen und Interessengegensätzen zwischen den Klassen. Die demokratische Form der Herrschaft muss als umfassendes Programm zur Sicherung des sozialen Friedens zwischen den Klassen begriffen werden. Die in und durch das System entstehenden Konflikte werden dabei nicht einfach beigelegt, sondern so ausgetragen, dass dabei keine nennenswerten Störungen im normalen Ablauf des kollektiven Lebens eintreten. Praktisch bedeutet dies: Es macht kaum einen Unterschied ob nun CDU und SPD, CDU und Grüne oder SPD und Grüne eine Koalition bilden. Herrschaft und Ausbeutung werden sich nicht abwählen lassen.



Eine weitere Stütze des "sozialen Friedens", also dem Fortdauern der Klassengesellschaft, ist die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber*innen-, Arbeitnehmer*innenorganisationen und dem Staat. Wo eigentlich bessere Bedingungen erkämpft werden sollten, setzen die reformistischen Gewerkschaften auf Statuserhalt, die Arbeitgeberverbände und der Staat auf Appeasement-Strategien. So kommt es, dass beispielsweise lächerliche Tariferhöhungen als große Erfolge gefeiert werden, wo sie doch eigentlich Niederlagen in Permanenz sind. Über weitreichendere Ziele, wie über die Frage wer in einem Betrieb eigentlich Entscheidungen treffen sollte - wenige Manager oder die Masse der Arbeiter*innen - wird schon gar nicht mehr gesprochen.

Dabei ist der Arbeitsplatz der Ort, an dem der Mensch einen Großteil seiner Zeit verbringen muss und der oft auch identitätsstiftend wirkt - gleichzeitig gibt man häufig aber genau dort jegliches demokratische Mitbestimmungsrecht draußen am Fabriktor ab. Ab und an darf man als Arbeiter*in zwar einen Betriebsrat wählen, dieser ist - genau wie die bezahlten Berufspolitiker*innen - seinen Wähler*innen jedoch keine Rechenschaft schuldig und via Gesetz auch an den Pakt zwischen den reformistischen Gewerkschaften mit Staat und Arbeitgeber-verbände gebunden. Durch die reformistischen Gewerkschaften gebilligte "flexible" und prekäre Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit oder Scheinselbstständigkeit tragen ihren Teil zur Vereinzelung und Entsolidarisierung der Arbeiter*innen bei. Mit Gesetzgebungen wie dem "Loi Travail" in Frankreich wird die gesetzlich festgeschriebene Auflösung gewerkschaftlich erstrittener Errungenschaften durchgesetzt. Das deutsche "Erfolgsmodell" wird so auch in andere Staaten exportiert. Brav fleißige, deutsche Arbeiter*innen im Schoß der "sozialen" Marktwirtschaft ließen sich von hemdsärmeligen Sozialdemokrat*innen ihre sukzessive Entrechtung als nötige Maßnahme zum Erhalt einer prosperierenden, nationalen Wirtschaft verkaufen - heraus kam die Agenda 2010, an der nun ganz Europa genesen soll. Trotz der harten Kämpfe der Bewegung gegen das "Loi Travail" konnte diese Entwicklung selbst in Frankreich, ein Land das traditionell gewerkschaftlich sehr stark organisiert ist, nicht aufgehalten werden. Staat und Kapital verstehen keinen Spaß, wenn es darum geht, dass Arbeiter*innen ihre Rechte dazu nutzen, um für ihre eigenen Interessen - und gegen die der staatlichen und wirtschaftlichen Macht - zu kämpfen oder gar die Frage stellen, wer eigentlich Entscheidungen zu treffen hat: Sie oder die Chefs, Politiker*innen und Gewerkschaftskader. Alle vier Jahre bei den Wahlen ein Kreuz zu machen, als die ultimative Ausübung demokratischer Grundrechte darzustellen, erscheint vor diesem Hintergrund wie blanker Hohn. Wir finden, Demokratie sollte dort stattfinden, wo Menschen sich aufhalten und Zeit verbringen: In Betrieben, im Wohnhaus, in Schulen, an der Uni, in der Kita, im Altersheim oder im Krankenhaus. Doch gerade diese Orte und deren Organisation sind zum Teil höchst autoritär. "Mitbestimmen" kann man dort im seltensten Fall. Erlaubt ist dies maximal in der Freizeit, z.B. im Verein oder Ehrenamt. Aber die wirklich "bedeutsamen" Bereiche in unserer Gesellschaft bleiben straff autoritär und hierarchisch organisiert, auch wenn wir das vielleicht gar nicht so empfinden. Und das ist auch ein Teil des Problems. Bewusstsein dafür zu schaffen, dass wir, obwohl wir angeblich in einer freiheitlichen Demokratie leben, doch die meiste Zeit in unseren Alltag enormen Zwängen ausgesetzt sind und nur sehr marginale oder nicht existente Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, wäre also ein erster Schritt aus der lähmenden Ohnmacht. Ein zweiter wäre, sich gemeinsam solidarisch zu organisieren und im eigenen Umfeld - dem Wohnblock, dem Arbeitsplatz, dem Viertel - darüber zu sprechen und gemeinsam Vorgehensweisen zu entwickeln, wie man Missständen entgegentreten und alle in die sie betreffenden Entscheidungen miteinbeziehen kann.

Als Abhilfe werden oft "direktdemokratische" Verfahren wie Volksentscheide genannt, um das demokratische Vakuum außerhalb der Wahlkabine weniger leer aussehen zu lassen. Fakt ist, dass sich in diesen Abstimmungen größtenteils wieder nur finanzstarke Parteien beteiligen (können), welche über ausreichend Kapital für große Medienkampagnen verfügen. Statistisch gesehen können jene Entscheide noch weniger Beteiligung als nationale Parlamentswahlen aufweisen. Dabei sind bessergestellte Schichten, sowie auch Männer, unter den Wählenden überproportional vertreten. Zudem werden diese Referenden oftmals zu populistisch aufgeladenen Sachverhalten abgehalten - vom Stadionneubau in Freiburg über das Minarettverbot in der Schweiz bis zum Brexit. Einfache Mehrheiten genügen dabei, um z.T. diskriminierende Regelungen für gesellschaftliche Minderheiten durchzusetzen. Hier heißt Demokratie dann Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit und nicht das Finden eines Kompromisses. Anstatt solche Volksentscheide zu fordern, sollten wir darüber nachdenken wie willkürlich und punktuell unsere Mitbestimmung gefragt ist - und wo sie sonst

Warum ich gegen den Kapitalismus bin...

Im Kapitalismus bzw. in einer kapitalistischen Gesellschaft geht es zentral um die Schaffung von Profit. Ein solches Gesellschaftssystem ist ökonomiezentrisch und privilegiert ökonomische Ziele gegenüber anderen Interessen, zum Beispiel. dem menschlichen Interesse an Freundschaft, Gemeinschaft, Kultur, Kunst usw... In einem kapitalistischen Gesellschaftssystem wird versucht, sämtliche Interessenbereiche auf ökonomische Definitionen hin auszurichten und der Ökonomie - also Profitinteressen - unterzuordnen.

★ *Von: Ralf Burnicki*

So wird verstehbar, dass sogar Kunst noch einen Wert erhält im Sinne von Geld und Verkaufswert. Der Kapitalismus lebt davon, soziale Ausdrucksformen in Waren zu verwandeln. Ein kapitalistisches Gesellschaftssystem bedeutet folgerichtig, dass Menschen sich in ein gegenseitiges Verhältnis bringen, das einem Warenverhältnis entspricht, also voneinander *profitieren* lernen und Freundschaften als Zweck-Mittelrelation und Beziehungen als rationale Nutzverhältnisse verstehen sollen. Kapitalistische Werte werden verinnerlicht, dazu gehören die Aufwertung des Konkurrenzgedankens und des Wettbewerbs, des Leistungsstrebens, das Einteilen von Menschen in angebliche „Sieger“ und „Verlierer“, die geistige Hochstellung materiellen Besitzes, die Umwandlung subjektiver und dem System geschuldeter Unzufriedenheit in eine gesellschaftskonforme Strategie der Selbstbelohnung, also in *Konsum* und *Eigentumsvermehrung*.

Menschen lernen früh, kapitalistische Werte zu verinnerlichen und nicht zu hinterfragen, lernen sich als Konkurrent*innen im Kampf um Ressourcen zu begreifen, lernen, sich stets zu vergleichen, beispielsweise bei Leistungsmessungen in der Schule über Notensysteme und durch Lob dort, wo es im Unterricht in Wahrheit um Anpassung von Menschen an fremdbestimmte Situationen geht und darum, bedürfnisferne Kompetenzen zu entwickeln, um später für die Wirtschaft und ihre Zwecke verwertbar zu sein. Erreicht ein junger Mensch dann das Ziel, einen guten Abschluss zu erhalten, geht es mit hoher Geschwindigkeit weiter, denn die Arbeitsgesellschaft verlangt nach Subjekten, die jung und dynamisch sind, stets in Bewegung, denn Stillstand verhindert wirtschaftliches Wachstum. Die kapitalistische Moderne mit ihrem Appell an hohe Geschwindigkeiten hat dabei zur Konsequenz, dass der Mensch *verschwindet*, weil er zum Partikel verkommt, das in den gesellschaftlichen Strom geworfen wird, sich zum Leistungsfaktor entmenschlicht und wir dies auch noch mit dem Begriff der „Individualität“ und „Freiheit“ verherrlichen.
Als Lohn für seine herrschaftskompatible Individualität steht der kapitalistische Konsumbereich bereit mit vielfältigen Produkten, die keiner wirklich braucht, die aber das Gefühl vermitteln, durch ihren Kauf ein besonderer Mensch zu sein. Auf diese Weise erklärt sich der *Markenhype*, oder dass wir Uhren kaufen, wasserdicht bis hundert Meter, obwohl wir keine Taucher sind, oder Geländewagen, mit denen man durch eine Wildnis fahren könnte, mit denen wir als urbane Wesen allerdings im nächsten Stau stecken bleiben. Hierbei bringt sich das kapitalistische System in Schwung. So zitieren die Arbeitsphilosophen Schnack und Gesterkamp in ihrem Buch „Hauptsache Arbeit“ den Philosophen André Gorz:

„Die Individuen davon zu überzeugen, dass die ihnen angebotenen Konsumgüter die während der Arbeitszeit erforderlichen Opfer bei weitem ausgleichen und dass sie eine Nische privaten Glücks darstellen, die dem allgemeinen Schicksal zu entfliehen erlaubt – das ist die klassische Aufgabe der Werbung“ (Reinbek 1996, S. 49).

Die Verheißung lautet: Wenn du schon nicht glücklich werden kannst, dann kauf dir Ersatz. Kauf dir „happiness“. *„Doch die Konsumgesellschaft, die zur Erlebnisgesellschaft geworden ist, verabreicht ihren vergnügungshungrigen Mitgliedern immer stärkere*

Folgenschwere Manipulationen

Gefilterte Informationen auf Basis der persönlichen Daten zu veröffentlichen erfüllen für Konzerne und Parteien den Zweck der zielgerichteten Propaganda und Manipulation. für die Betroffenen führen sie neben der völligen Transparenz des eigenen Lebens (bzw. der "digitalen Identität") zu Parallelwelten. Die so genannten "Filter Bubbles" verhindern ein In-Berührung-Kommen mit Informationen außerhalb unserer durch Algorithmen gemessenen Interessenradars. Nachrichten werden nach den (vorhergesagten) Vorlieben zurecht geschneidert und mit politisch anderen Meinungen kommt man gar nicht erst in Kontakt.

Die Lebensrealitäten von armen und reichen Teilen der Bevölkerung werden sich weiter auseinander entwickeln, zugleich wird die Vergleichbarkeit abnehmen. Warum das Leben der einen soviel teurer ist als das der anderen, wird sich erst durch detaillierte Analyse sowohl der in Frage kommenden Tarifwerke, des kaum zu überblickenden Datenschattens, aber auch der auswertenden Künstlichen Intelligenz (KI) beantworten lassen, realistisch betrachtet also gar nicht. Die Entscheidung dieses ineinander greifenden Systems kann nur als willkürlich erfahren werden. Insbesondere für die Einzelne wird eine (über)konforme Lebensführung damit zur rationalen ökonomischen Entscheidung - zusammen mit einer erheblichen Motivation dieses gängelnde Regime mittels geschöntem Datenschatten zu betrügen.

Wie schwierig die Manipulation des Datenschattens im Detail sein kann, zeigt das Beispiel der Curly Fries, spiralförmig geschnittener Pommes Frites, die - laut Forschungsergebnissen - ein Indikator für Intelligenz sind. Der Zusammenhang von Frittiertem und Intelligenz ist auch bei vielfachem Hinsehen nicht erschließbar, weil es keinen kausalen Zusammenhang gibt. Der Zusammenhang ist vielmehr ein statistischer: Auswertungen von Facebook-Likes haben eine entsprechende Korrelation von geliketen Curly Fries und User*innen mit Indikatoren für Intelligenz ergeben. Vermutet wird ein Blaseneffekt. Irgendjemand hat mal ein Bild von Curly Fries im Internet gefunden, fand es lustig und hat es dann in seinen sozialen Zusammenhängen "geshared". Dort hat es sich dann weiterverbreitet und zufälligerweise waren in dieser Blase viele Akademiker*innen, und so kam die Korrelation mit Intelligenz zu Stande. Diese Korrelation ist zwar zufällig entstanden, aber danach tatsächlich aussagekräftig - für Institutionen, die einen entsprechenden Aufwand betreiben können und Zugriff auf die Daten haben. Für die einzelne Person erschließt sich diese Korrelation nicht, schon gar nicht in dem Moment, in dem mittels Like entsprechende Daten erzeugt wurden, da der Zusammenhang nur rückwirkend erschließbar ist. Dieses Beispiel mag aufzeigen, wie schwierig eine gezielte Konstruktion eines Datenschattens mit gewünschten Eigenschaften sein kann.

Über unmittelbare ökonomische Interessen hinaus und mit noch einschneidenderen gesellschaftlichen Folgen können mit Hilfe von umfassenden Persönlichkeitsprofilen Menschen in Kategorien unterteilt werden. Die verschiedenen Realitäten zu konstruieren, um sie für sich nutzbar zu machen und Informationen und im Falle von Wahlen politische Propaganda nur dem gewünschten Publikum zukommen zu lassen, ermächtigt die Institutionen und Parteien, die dafür das nötige Kleingeld haben, gezielt Meinung zu machen und Verhalten zu manipulieren.

Herrschaftssicherung auf Kosten der Freiheit

Durch die freiwillig, indirekt oder durch Dritte abgegebenen Daten ist die Gesellschaft heutzutage vermessbar und vermessen wie noch nie zuvor. Das Hauptmotiv für das Messen und Erstellen von (Land-) Karten ist Kontrolle zu erlangen, Herrschaftswissen über Dinge und Verhältnisse aufzubauen. So ist auch die digitale Karte der Menschheit ein Instrument zu Machtgewinn und zur Beherrschung der Gesellschaft. Gleichzeitig wird die bürgerliche Ideologie der "freien, informierten Bürger*in" hochgehalten, die sich durch die digitale Welt frei entfalten kann und der sich durch das Netz viele ungeahnte Möglichkeiten erschließen. Bitterer Beigeschmack ist jedoch, das nichts davon unbemerkt vonstatten geht und dass der freie Wille und die Entscheidungsfreiheit, die viele glauben zu haben und die auch für viele von großer Bedeutung sind, massiven, aber kaum ersichtlichen Manipulationsversuchen unterliegt.

Prozesse der Selbstorganisation oder überhaupt der politischen Meinungsbildung können vom Internet profitieren, aber auch massiv gestört werden. "Öffentlichkeit" funktioniert im Internet anders als im Real Life: Sie wird maschinell verarbeitet und teils auch gestaltet, lässt sich gezielt steuern und hat damit eine andersartige Reichweite. Zudem gibt es komplexe Feedbackschleifen mit der Real Life- Öffentlichkeit. Das hat jetzt schon Auswirkungen auf die politische Willensbildung - diese Erkenntnis hat sich aber noch kaum verbreitet.

Literatur

https://www.bloomberg.com/features/2016-how-to-hack-an-election/

https://aeon.co/essays/how-the-internet-flips-elections-and-alters-our-thoughts

überall unter den Tisch fallen gelassen oder sogar aktiv bekämpft wird. Unsere Alternative sollte Basisdemokratie und Selbsorganisation in allen Lebensbereichen sein.

Solidarische Perspektiven entwickeln

Unser Ziel als Anarchist*innen ist der freiheitliche Kommunismus, also eine Gesellschaftsordnung, die weder Ausbeutung, noch Unterdrückung von Menschen durch andere Menschen mehr kennt. Diese neue Gesellschaft soll allen ein mehr an Glück bieten, als es die jetzige vermag – ein Versprechen, das die bisherigen sozialistischen Gesellschaftsversuche nicht einhalten konnten. Eine solche Gesellschaft kann demnach nur durch einen radikalen Bruch mit der jetzigen Gesellschaft, sowie den überholten staatssozialistischen Ideen, erreicht werden. Die soziale Revolution darf man sich dabei jedoch nicht als ein Ereignis vorstellen, welches eines fernen Tages passieren wird - solch eine Haltung führt nur zum passiven Abwarten – sondern sie muss intensiv vorbereitet werden. Der Weg zum kommunistischen Ziel, dies zeigen die gescheiterten sozialistischen Versuche, muss dabei die kommende, bessere Gesellschaft vorweg nehmen, d.h. unsere politischen & sozialen Organisationsformen müssen auf allen Ebenen basisdemokratisch strukturiert und durch einen solidarischen Umgang untereinander gekennzeichnet sein.

Die Keimzelle einer solchen Bewegung muss die Selbstorganisierung von Lohnarbeiter*innen in allen Lebensbereichen sein (auch von Lohnarbeiter*innen ohne "Arbeit" z.B. Hartz IV-Empfänger*innen oder Hausfrauen*, solcher in Ausbildung, z.B. Student*innen oder solcher ohne deutsche Pass z.B. Geflüchtete). Als Anarchist*innen dürfen wir uns dabei aber nicht nur als Agitatoren sehen, welche von Außen kommend die Lohnarbeiter*innen aufklären, sondern müssen unsere eigene Existenz als Lohnarbeiter*innen zum Ausgangspunkt unserer Organisierung nehmen. Es geht darum Betriebsgruppen auf unseren Arbeitsplätzen, Stadtteilgruppen in unseren Wohnvierteln, Studierendengruppen in den Universitäten, Frauen*gruppen in unseren Strukturen, Gruppen von Geflüchteten in den Lagern usw. aufzubauen, welche in ihrem jeweiligen Lebensumfeld für Verbesserungen kämpfen. Unsere Aufgabe besteht darin, die Gemeinsamkeiten dieser Kämpfe aufzuzeigen und eine Kultur der gegenseitigen Hilfe und der gelebten Solidarität zu etablieren.

Ein wichtiger Ausgangspunkt für solch eine politische Praxis können anarchistisch organisierte, soziale (Stadtteil-)Zentren, Wohnprojekte, Bibliotheken, freie Schulen oder Landkommunen sein. Sie sind die materiellen Orte, an welchen sich die vereinzelt Wütenden finden und organisieren können. Dabei müssen wir jedoch weg von der Idee von „Freiräumen“ als Refugium einer Subkultur, hin zu Räumen welche sich den Nachbarschaften öffnen, ohne dabei unsere politischen Ideen aufzugeben.

Solch eine politische Strategie würde es uns ermöglichen eine reale Gegenmacht zum Staat aufzubauen und damit eine reale Alternative, sowohl zu den völkischen Kräften als auch zu den bürgerlichen Parteien anbieten. Diese Alternative würde nicht nur auf Papier oder Bannern zu lesen sein, sondern könnte als solidarische Praxis erlebbar werden.
Es ist also höchste Zeit anzufangen! Bauen wir eine solidarische Pespektive auf - jenseits von Wahlen und Populismus!

Anzeige

FdA-Treffen in Hameln: Strategiediskussion und die Kampagne „Solidarische Perspektiven“

Vom 14. bis zum 16.7.2017 fand in der Nähe von Hameln das Treffen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) statt, das drei Mal pro Jahr von jeweils einer anderen Mitgliedsgruppe organisiert wird.

★ *Von: Schwarz-Lila-Antifa*

Die Schwarz-Lila-Antifa richtete das FdA-Treffen zum ersten Mal aus. Uns gibt es seit März 2015. In den letzten Monaten haben sich bei uns personell Dinge verändert, so dass wir uns gerade in einer Gruppenfindungs-/Orientierungsphase befinden. Grundlage unserer Arbeit ist das aktuelle Selbstverständnis:
„Wir sind eine Gruppe von Menschen, die für eine herrschaftslose, solidarische Gesellschaft kämpft, eine Gesellschaft in der sich alle Menschen mit ihren verschiedenen Fähigkeiten entfalten und einbringen können, ohne die Freiheit und Würde der anderen Menschen zu verletzen. Eine solidarische Welt. Da wir davon ausgehen, dass wir alle in den jetzt bestehenden Gesellschaften sozialisiert wurden und Unterdrückungsmechanismen und Ungleichheiten unbewusst verinnerlicht haben, arbeiten wir daran diese nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch bei uns zu erkennen und zu bekämpfen. Wir stellen uns gegen Diskriminierung von Menschen,gegen Unterdrüchungsmechanismen wie: Sexismus, Rassismus, Homophobie, Kapitalismus, Antisemitismus. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen die von rassistischer,sexistischer, antisemitischer, homophober, kapitalistischer Diskriminierung oder Gewalt betroffen sind.“

Wie immer begann das Treffen ganz entspannt am Freitagnachmitag. Auf dem Gelände des Libertären und Solidarischen Lebensmittel-Kollektivs war schon ein großes Zelt aufgebaut, welches als Plenumsort dienen sollte, da die Idee war, das Treffen – zumal es Sommer war – draußen in entspannter Umgebung stattfinden zu lassen. Der Freitag ist immer eine schöne Gelegenheit für informelle Gespräche und das Knüpfen von Kontakten. Am späteren Abend begann es zu schütten und die anwesenden Genoss*innen flüchteten sich ins Haus, wo der Abend mit Spielen und Gesprächen weiterging.

Der nächste Tag brachte besseres Wetter und viel gute Laune. Im Zentrum des Treffens stand die FdA-Kampagne „Solidarische Perspektiven entwickeln – jenseits von Wahlen und Populismus“. In verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeiteten wir weitere Gedanken zum Zeitplan der Kampagne, zur Bundestagswahl und trugen zusammen, was einzelne Gruppen bereits machen und welche Workshops und Broschüren wir gemeinsamen teilen können. In der Zusammenfassung lässt sich sagen, dass viele neue Ideen gesammelt wurden und in den nächsten Monaten einige neue Teile der Kampagne gestartet werden könnten.

Ebenfalls am Samstag standen ein paar interne Punkte zur Struktur und zu Entscheidungsfragen, die uns im Gefühl bestätigten, dass die Föderation nicht auf der Stelle tritt, sondern stets darum bemüht ist, sich neuen Herausforderungen zu stellen und alternative Lösungen für alte Fragen wie dem Vetoprozess zu entwickeln.

Veschiedene Arbeitsgruppen widmeten sich auch der internationalen Arbeit sowie unserem gemeinsamen Zeitschriftenprojekt, der Gaidao. Im Anschluss wurden die Mandate verteilt und es gab eine Feedbackrunde zum Tagesablauf sowie ein gemütliches Beisammensein am Abend.

Der Sonntag begann natürlich mit dem Frühstück und vergleichsweise ausgeruhten Menschen. Die weiteren Treffen wurden geplant und dann ging es auch gleich um unsere im letzten Jahr begonnene Strategiedebatte. Wie scheinbar viele andere Gruppen und größere Vernetzungsstrukturen im deutschsprachigen Raum treibt auch uns die Frage um, wie wir eine befreite Gesellschaft denn tatsächlich erreichen können und inwiefern dafür ein zielgerichteteres Handeln erforderlich wäre. Diese interne Debatte läuft, aber es scheint, als ob wir schon recht weit fortgeschritten wären. Am Ende gab es die obligatorische Feedbackrunde und Mittagessen. Nach dem Aufräumen begann auch schon wieder die Abreise.

Anzeige

Das Ganze zielt durchaus auf eine zukünftige noch nicht abschätzbare Nutzung der Daten - wer weiß, was nicht bei einer Verknüpfung mit anderen Daten und einer geschickten Analyse des Ganzen an brauchbaren Aussagen über User*innen herausfällt und so wird alles, wirklich alles, gesammelt.

Die Kosten des Lebens

Daten sind in mehrerlei Hinsicht ein besonderer Rohstoff. Sie verbrauchen sich nicht bei Benutzung, vielmehr eröffnet sich die Möglichkeit neue abgeleitete Erkenntnisse (und damit neue Daten) aus der Verarbeitung zu gewinnen. Daten lassen sich kopieren, vielfach verkaufen und sind unbegrenzt haltbar.

Die Anzahl der Unternehmen, die in diesem speziellen Gebiet der Datensammelei tätig sind, hat sich in den letzten Jahren rapide vermehrt. Allein die Anzahl der Firmen, die regulär Daten von Webseiten und Smartphone-Apps tracken ist größer als 3000[2]. Praktisch alle haben das Ziel, aus den Daten Persönlichkeitsprofile zu erzeugen, mit denen sich User*innen identifizieren lassen. Anbieter*innen, die sich einen solchen Pool an Profilen kaufen, sollen so in der Lage sein, den Daten, die sie über ihre Nutzer*innen haben, weitere hinzuzufügen, um damit Aussagen zu treffen, die die eigenen Daten gar nicht hergeben - z.B. zur Kreditwürdigkeit.

Es lässt sich eine Ausweitung des Einsatzgebietes ablesen: Pionier war die Werbewirtschaft, die aus den Daten Aussagen zum Konsumverhalten herausließt. Ein sich gerade etablierendes Einsatzgebiet ist die Risikoabschätzung, anhand der Daten sollen Fragen zur Bonität und speziell zur Kreditvergabe beantwortet werden. Die Versicherungsbranche geht noch einen Schritt weiter, indem nicht nur bereits vorhandene Daten berücksichtigt werden, sondern Kund*innen auf eine konforme Lebensführung mittels Echtzeitsensorik überprüft werden. Gemeint sind damit Fitnessarmbänder, die körperliche Verausgabung messen und an Krankenkassen weiterleiten oder Sensoren in Autos, die den Kavalierstart an der Ampel registrieren... Nur mit diesen Daten lassen sich individualisierte Tarife realisieren. Auch die politische Willensbildung ist ins Fadenkreuz gerückt, Firmen wie Cambridge Analytica etablieren dort gerade Geschäftsmodelle. Projekte wie Sesame Credit streben darüber hinaus die komplette Verhaltenssteuerung an.

Die Anzahl dieser Sensoren wird sich in naher Zukunft vervielfältigen - sowohl durch das "Internet of Things" , als auch durch diverse "smarte" Gerätschaften, das Smartphone mit seinen vielen Sensoren ganz vorne weg. Dass online-Verhalten überwacht wird, ist mittlerweile wohl Common Sense, was ansteht, ist auch die Erfassung des offline-Verhaltens, u.a. deshalb, weil wirkliches offline-sein in einer Welt, in der die umgebenden Dinge online sind immer schwieriger wird.
Neben den bereits skizzierten Triebfedern dieser Entwicklung soll hier eine besonders beleuchtet werden: der individuelle Zuschnitt von Angeboten. Individuelle Tarife bei Versicherungen, z.B. der Krankenkassen basierend auf Daten aus Fitnesstracker, smartem Kühlschrank und vernetzter Registrierkasse im Supermarkt (was im Zusammenspiel z.B. die Ernährungs- und Konsumgewohnheiten erfasst). Sensoren im Smart Home, die z.B. über den gemessenen Energieverbrauch persönliche Strompreise erstellen. KFZ-Versicherungen wollen Sensoren im Auto, um aggressives Fahren, aber auch (Risiko-) Fahrten in "gefährlichen" Situation, wie z.B. Nachts oder im übermüdetem Zustand einzupreisen. Das sind alles Szenarien, die entweder bereits Realität sind oder kurz davor stehen. Ziel ist es, die "gleichmachenden" alten Tarifmodelle in solche zu überführen, die weniger Margen brauchen, um Lebensrisiken abzusichern, da sie sie exakter vorhersagen können. Tarife unterschiedlicher Anbieter*innen lassen sich dann kaum noch vergleichen; das Solidarprinzip wird aufgekündigt.

Der individuelle Zuschnitt beschränkt sich aber nicht auf die Versicherungswirtschaft und ihr Bestreben der Risikoabschätzung. Schon jetzt sind individualisierte Preise in online-Shops Usus. Noch sind die angewendete Verfahren eher grob - ein bekannt gewordener Fall: Wer/welche ein Hotelzimmer einer bestimmten Anbieter*in von einen Applecomputer aus buchen wollte, bekommt höhere Preise angezeigt, weil Applekund*innen mehr Geld haben (so die Kalkulation). Mittels der Preisgestaltung gewollte Kundschaft zu binden und ungewollte abzuschrecken beschränkt sich aber nicht auf die Online-Welt.

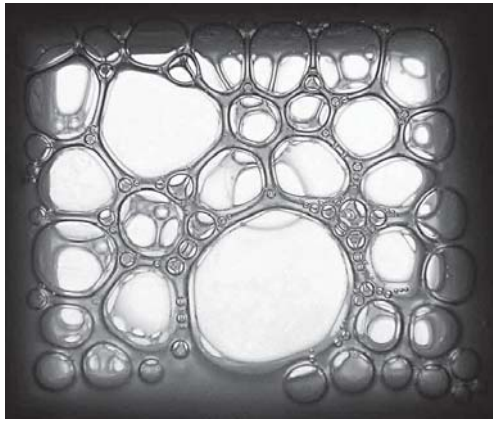
Die Eingriffstiefe in die Autonomie ist kaum zu überschätzen, die persönliche Lebensgestaltung wird bis ins Detail an Preismodelle gekoppelt. Um diese durchzusetzen ist eine möglichst komplette Erfassung der Person notwendig. Kritisch ist aber auch die andere Richtung dieser Kopplung: Die Dicke der Brieftasche wird zur Richtschnur dessen, was an Lebensgestaltung möglich wird. Das ist jetzt nichts wirklich Neues für ein Leben in einer Gesellschaft nach kapitalistischen Vorgaben, die Totalität des Diktats wird jedoch einen Quantensprung machen. Die Preismodelle unterliegen der Kontrolle der Konzerne, sie unterliegen dem Willen nach Profit. Gleichzeitig sind sie ein aber effizientes Werkzeug zur Verhaltenssteuerung: Wenn z.B. Rauchen als gesellschaftlich inakzeptables Verhalten bestraft werden soll, dann gibt es jetzt wirkmächtige Stellschrauben wie beispielsweise über die erwähnten individuellen Krankenkassentarife.

Leben in Blasen

★ *Von: capulcu*

Die Frage, ob Hacker Wahlen beeinflussen können, wird zur Zeit immer wieder in diversen Medien behandelt. Ein Szenario, in dem Hacker mit Kontakt zur russischen Regierung durch Angriffe auf das System des demokratischen Parteivorstandes die republikanische Partei gestärkt und den US-Wahlkampf beeinflusst haben, ging Anfang des Jahres durch die Presse[1] und die Debatte um Fake News wurde entfacht. Um einen Eindruck davon zu bekommen, was für Möglichkeiten der Wähler*innenmanipulation und Meinungsmache es gibt, braucht man allerdings nicht das Bild der verschworenen Feinde der Demokratie in der großen weiten Welt zu konstruieren. Es reicht, wenn man sich im privatwirtschaftlichen Sektor des Datensammelns und -handelns umsieht, um eine ungefähre Vorstellung davon bekommen, wie weit wir eigentlich von einer selbstbestimmten Leben und freien Entscheidungen entfernt sind.

Ein Einstieg in dieses Thema fällt ob der schier unbegrenzten Möglichkeiten schwer, so dass man sich eher die Frage stellen muss, was an Daten eigentlich _nicht_ digital erfasst und aufbereitet und für verschiedenste Interessen genutzt wird. Daten werden nämlich immer und überall gesammelt, analysiert, verknüpft, neu generiert und sind wertvoller denn ja. Alles, was man jemals preisgegeben hat - ob freiwillig oder ohne eigenes Wissen und Zutun - bleibt im digitalen Gedächtnis des Internet für immer bestehen. Eine reichhaltige Fundgrube also für Unternehmen und staatliche Repressionsorgane. Facebook beispielsweise wertet von allen Nutzer*innen permanent die eingegebenen Daten aus und Werbefirmen können sich Profile zurecht klicken und so genau die Personen finden, die für ihr Produkt interessant sein könnten, um ihnen dann maßgeschneiderte Werbung schicken zu können.



Natürlich ist dies nur ein minimaler Teil an Datenquellen im Netz, auf die zugegriffen werden kann. Scheinbar kostenlose Dienste wie die von Facebook oder Google werden teuer bezahlt mit den eigenen Daten und die Unternehmen machen Milliarden mit ihnen. Viele Smartphone-Apps leiten Nutzer*innendaten beispielsweise an Werbenetzwerke weiter, ohne dass diese davon in Kenntnis gesetzt werden oder gar ihre Zustimmung gegeben hätten. Diese speichern dann die IMEI (International Mobile Station Equipment Identity, die Seriennummer des benutzten Geräts, das dadurch eindeutig identifizierbar ist) zusammen mit dem Nutzungsverhalten über mehrere Apps hinweg, so dass ein aussagekräftiges Interessenprofil der Nutzer*in erstellt werden kann.

Es werden sowohl freiwillige direkte Angaben, aber auch Klicks, Likes und Dislikes, Standorte und soziale Netzwerke und Beziehungen erkannt und ausgewertet, um Profile von Menschen zu erstellen, sie einzuschätzen, zu bewerten, ihr Verhalten vorher zu sagen und sie zu manipulieren. Wer jetzt glaubt, dass es hierbei nur um scheinbar unkritische harmlose Daten geht, liegt damit leider falsch. Interessant sind neben demografischen Daten gerade solche, die tiefe Einblicke in das Leben von Menschen erlauben. So sind beispielsweise persönliche Stärken, Schwächen und Ängste, Interessen und Einstellungen, aber auch Krankheiten, Beziehungen, Kaufkraft und Kreditwürdigkeit, intime Geheimnisse, Neigungen oder Suchtverhalten von großem Interesse.

Neben Smartphones, Posts in Social Media, Onlineshopping, Suchmaschinenanfragen und Surfverhalten geben auch Daten aus tragbaren Geräten (sog. Wearables) wie Fitnesstrackern profitablen Aufschluss über eine Person. Die Krankenkassen passen ihre Tarife den Aktivitäten der Kund*innen an und bestrafen die, die sich dem Fitnesswahn nicht beugen, durch höhere Beiträge.

Es lässt sich festhalten, dass es Bestrebungen sowohl von kommerzieller als auch von staatlicher Seite gibt, alles zu überwachen und zu speichern, was möglich ist. Daten sind das wertvollste Gut in der Ökonomie des Überwachungskapitalismus. Das exzessive Sammeln hat durchaus einen rationalen Hintergrund, so lässt sich erst bei der Verarbeitung der Datenmenge abschätzen, ob etwas tatsächlich nur zufälliges Datenrauschen ohne weiteren Aussagewert ist oder aber doch Marker für ein bestimmtes Charakteristikum. In diesem Sinne erschwert ein großer Heuhaufen nicht die Suche nach der Nadel, sondern versetzt die Suchenden erst in die Lage eine Nadel vom Stroh unterscheiden zu können. So kann von der Norm abweichendes Verhalten leichter in das Raster von z.B. Regierungsbehörden fallen und entsprechend beobachtet werden.

[1] *http://www.sueddeutsche.de/politik/usa-trump-kuendigt-sofortprogramm-gegen-hackerangriffe-an-1.3323696*
[2] *http://www.privacylab.at/wp-content/uploads/2016/09/Christl-Networks__K_o.pdf*

Hamburg Anfang Juli – verspätet campen, tanzen, vernetzen, demonstrieren, protestieren und die Entfaltung der bürgerlichen Hetzjagd

Wie ein linkes Gathering für die Legitimation und den Ausbau des Polizeistaates instrumentalisiert wurde

★ *Von: Jens Störfried*

Der Autor hatte ohnehin vor aus Interesse, Gewohnheit und dem Bedürfnis nach Protest gegen die internationalisierte Herrschaftsordnung, die unter anderem von den G20-Treffen verkörpert werden, nach Hamburg zu fahren. Schließlich ist es immer spannend, wenn so viele unterschiedliche Einzelpersonen und Gruppen zusammen kommen um auf ganz verschiedene Weisen ihren Protest vorbringen. Diesmal betrachtete er das ganze Spektakel als eine Art Studie, wohl wissend, dass er sich sonst maßlos über sehr vieles aufregen würde. Doch auch mit einer gesunden Distanz gegenüber vielen protestierenden Gruppierungen und dem ganzen Spektakel überhaupt, stellten die Gipfeltage eine emotional äußerst belastende Ausnahmesituation dar. Willkommen im seelischen und körperlichen Gefahrengebiet! Willkommen im Polizeistaat! Der Bericht ist chronologisch und bewusst persönlich gehalten. Es werden dabei keine Informationen preisgegeben, die nicht ohnehin bekannt sind. Dennoch sollten sich alle immer wieder genau überlegen, was sie wem und wie erzählen... Die Fußnoten zu den bürgerlichen Medien habe ich nicht eingefügt, weil ich von ihnen meine Infos beziehe, sondern um aufzuzeigen, wie die Geschehnisse dort aufgenommen wurden.

Donnerstag, 29. Juni – Ankommen unter Genoss*innen

Ich wollte ohnehin nach Hamburg fahren. Unter anderem, weil mich die globalisierungskritische Bewegung damals politisiert hatte und Proteste gegen die Gipfel der Regierenden ein wesentlicher Bestandteil von ihr bildeten. Nun ergab sich für mich die Gelegenheit im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Anarchistischen Initiative[1] einen Vortrag anzubieten. Nach einer angenehmen Fahrt (bei der ich bewusst keine kriminalisierbaren Gegenstände mitführte) wurde ich freundlich von den Genoss*innen empfangen und konnte mich schon ein bisschen einfinden und austauschen. Abends fand mein Vortrag zu Postanarchismus in der Kirche in Rahlstedt statt, die im Rahmen eines anarchistischen Sommerfestes am 4. Juni besetzt worden war.[2] Hat mir insgesamt Freude gemacht. Vielleicht wären ein paar mehr Zuhörer*innen gekommen, wenn nicht parallel zwei Spontis stattgefunden hätten. Ein wunderbarer und sehr inspirierender Ort und für mich aus persönlichen Gründen fast sogar sowas wie berührend. Danke für diesen wunderbaren squat! Auf dass die Anarch@-Kirche in Rahlstedt noch lange bestehen möge! (Auch wenn sie unter Druck geraten ist, weil dort in den kommenden Tagen verschiedene Freunde übernachten sollten).

Freitag, 30. Juni – Schlechtes Wetter, harte Zeiten...

Richtig beschissenes Wetter! Ungelogen regnete es wohl fast 32 Stunden am Stück volle Kanne. Das war nicht nur Hamburg, sondern Klimawandel. Blöderweise drückt mir das immer ziemlich auf die Stimmung - zumal, wenn die Rückzugsmöglichkeiten auf Reisen nicht so einfach gegeben sind und einem Vertraute fehlen. Dennoch begab ich mich wieder nach draußen, traf einen Genossen und besuchte schließlich den interessanten Vortrag des Anarchist-Black-Cross im Rahmen der Veranstaltungsreihe. Leute: Gründet ABC-Gruppen, das gibt echt Sinn![3]
Gemeinsam gingen wir im Anschluss zur Roten Flora um uns das Konzert von Irié Revoltés anzuhören. Für viele Leute waren sie legendär,

[1] *anarchistischeinitiative.blogsport.eu*
[2] *https://www.taz.de/!5412015/; https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Jugendliche-besetzen-Kirche-in-Hamburg-Rahlstedt,kirche1358.html*
[3] *https://abcj.blackblogs.org; https://abcdd.org; https://abcrhineland.blackblogs.org*

gerade weil sie sich als Teil der Anti-Globalisierungsbewegung verstanden. Ihre Musik feiere ich heute gar nicht mehr so sehr, aber die Rolle, die sie in der Bewegung spielten, indem sie beispielsweise schon vor 10 Jahren für die G8-Gipfelproteste in Heiligendamm mobilisierten und einen Beitrag zur Politisierung vieler Kids leisteten. Wäre doch super, wenn wir wieder mal mit hoffnungsvollem und kraftvollem Sound in die Zukunft blicken und neue Fenster der Emanzipation eröffnen könnten! Doch dieser Tage bin ich aus Gründen eher pessimistisch gestimmt. Nun gut, vielleicht auch sonst. Im Moment aber leider besonders.

Samstag, 01. Juli – Repressionen ungekannten Ausmaßes kündigen sich an

Immer noch scheiß Wetter am Vormittag, der ganze Hickhack mit den Camp-Verboten belastet die Organisierenden ziemlich. Das Verfassungsgericht hatte den Aufbau eines Camps erlaubt, die Beauflagung jedoch der Polizei überlassen, wogegen wiederum vor dem Verwaltungsgericht geklagt wurde. Vormittags unterstützte ich jemandem beim Aufbau von etwas. Nachmittags sprach Andreas Blechschmidt, der Anmelder der autonomen „Welcome-to-hell"-Demonstration, sehr aufschlussreich über die bevorstehende und bereits stattfindende Repression des Polizeistaates gegen die Teilnehmenden der Gipfelproteste wie auch durchschnittlicher Bürger*innen. Neben einer Person des stalinistischen „Roten Aufbaus", bei denen zwei Tage zuvor, am 29.06., mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten[4] und einer Protest-Managerin der Interventionistischen Linken, war Blechschmidt eben an diesem Tag vom Hamburger Verfassungsschutz als einer der Organisa-

tor*innen der Gipfelproteste „geoutet" worden.[5] Wobei auch Nazis klar sein dürfte, wer diese Personen sind, weswegen eigentlich weniger von einem Outing als von einer öffentlichen Anprangerung zu sprechen ist.

Nach der Veranstaltung fanden wir uns mit einigen neu angekommenen Leuten zusammen und tingelten durch die Stadt, während einige Fahrzeuge von Aktivist*innen aus dem Wendland von den Bullen festgehalten wurden. Eigentlich schon relativ müde ließ ich mich dennoch dazu hinreißen mit einem Gefährten noch das zu machen, was „feiern" genannt wird. Grundsätzlich mag ich verschiedene Formen von Musik. Was ich nicht mag sind hunderte Leute, die sich in Techno-Schuppen quetschen… So gegen vier Uhr muss ich aufgegeben haben - in weiser Voraussicht, dass mich die kommenden Tage noch sehr fordern werden. Außerdem wurde ab diesem Zeitpunkt bereits nach Entenwerder mobilisiert um einen Ausweichort für das verbotene Camp im Stadtpark anzupeilen…

Sonntag, 02. Juli – Von einem rechtmäßigen Camp, das einfach nur demokratisch sein wollte und platt gemacht wurde

Mehr oder weniger fit, jedoch immerhin wach, machte ich mich zum „Elbpark Entenwerder" auf, in dem das Camp nun errichtet werden sollte.[6] Um ehrlich zu sein ist der Park strategisch ziemlich scheiße gelegen, da er sehr leicht kontrolliert und komplett dicht gemacht werden kann. Gleichzeitig verstehe ich die Leute der Camp-Orga auf ihr demokratisches Recht zu beharren ein Protestcamp zu errichten.[7] Offensichtlich hatten die Bullen für diesen Ort kein Konzept zur Repression ausgearbeitet. Aus diesem Grund ließen sie kurzerhand niemanden in den Park, sodass eine Dauer-Kundgebung auf dem Deich davor errichtet wurde. Verständlicherweise war die Situation für alle Beteiligten äußerst unklar.

Weil wir am Nachmittag einer anderen spezifischen politischen (aber öffentlichen) Veranstaltung beigewohnt hatten, wurden bei Genoss*innen und mir an einer S-Bahn-Station eine Personalienkontrolle durchgeführt. Diese verweigerten wir zunächst, woraufhin die Bahn am Losfahren gehindert und wir von ca. 18 Bullen auf den Bahnsteig befördert wurden, damit sie ihre sogenannte „Maßnahme" durchführen konnten. Hierbei handelte es sich höchstwahrscheinlich um die Erhebung der Daten von Personen, die der Staatsschutz einem „bestimmten" politischen Spektrum zuordnet und somit um die Kriminalisierung unserer politischen Gesinnung sowie der gezielten Überwachung von Personen, welche dieser zugeordnet werden. Dass ich meine Personalien in Hamburg lassen würde, war mir klar, als ich mich entschied, in das Gefahrengebiet zu kommen. Ebenso, dass mein Gesicht in zahlreichen Kameraaufnahmen dokumentiert und aus verschiedenen Gründen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch identifiziert werden würde. Aus politischen Gründen – ohne das, was sie „Straftat" nennen, begangen zu haben - von Zivis verfolgt zu werden hatte ich zuvor jedoch nicht in Erwägung gezogen…

Wieder zurück auf der Deich-Kundgebung plenierte die Vollversammlung der Roten Flora in einem Zelt. Ganz gut organisiert soweit. Auch die Stimmung der Versammelten empfand ich insgesamt als angenehm. Neben allgemeinen Informationen zur aktuellen Lage und einem Bericht der Camp-Orga wurde ausgiebig der Vorschlag diskutiert, der Stadt ein Ultimatum zu stellen. Gefordert wurde ein legales Camp in vollem Umfang (d.h. mit Übernachtungsmöglichkeiten und allem was sonst dazugehört, ganz selbstverständlich eben) zu ermöglichen und ansonsten mit der unkalkulierbaren Besetzung verschiedenster Parks gedroht. Schließlich wurde als Zeitpunkt des Ultimatums Dienstag, 10 Uhr beschlossen und kommuniziert.[8] Gegen Ende des Plenums brach Jubel bei des Versammelten aus, denn die Bullen waren zur Seite gerückt und der Park durfte nun betreten werden. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, dass das Camp im vollem Umfang und an dieser Stelle rechtmäßig ist. Sofort wiesen Einzelne darauf hin, dass wir schon die ganzen Wochen über permanent verarscht wurden und dieses Zugeständnis unseres Rechts durch die Obrigkeit nicht zu voreilig feiern sollten. Und letztendlich stellte sich diese Skepsis als richtig heraus. Im Nachhinein bin ich der Ansicht, die Bullen planten schon zum Zeit-

[4] *https://www.neues-deutschland.de/artikel/1055749.hausdurchsuchung-wegen-g-interview-in-hamburg.html*
[5] *http://www.mopo.de/hamburg/g20/ungewoehnliche-aktion-vor-g20-geheimdienst-prangert-diese-radikalen-an-27900808; https://www.taz.de/!5422562*
[6] *https://g20camp.noblogs.org/*
[7] *http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-gipfel-was-ist-erlaubt-im-protestcamp-in-entenwerder-a-1155696.html*
[8] *http://www.rp-online.de/politik/deutschland/g20-gegner-stellen-ultimatum-aid-1.6925095; https://g20tohell.blackblogs.org/2017/07/03/antig20-camp-in-hamburg-durchzusetzen/*

Bericht von der radical bookfair in Leipzig 22./23. Juli

Nach einer erfolgreichen Durchführung der radical bookfair (radicalbookfairleipzig.blackblogs.org/) vor einem Jahr, entschlossen sich einige Menschen auf dem RizomiA-Wagenplatz im Osten Leipzigs ein weiteres Zusammenkommen dieser Art zu organisieren. Dieser Versuch ist definitiv erneut geglückt und so bliebe eigentlich nur, sich auf viele öffentliche Momente des Austauschs und der Begegnung zu freuen – wenn der anarcha-queere Wagenplatz nicht bereits die Aufforderung zur baldigen Räumung ihrer geduldeten Besetzung erhalten hätte. Wie es also weitergeht mit dem anarchistischen Wurzelwerk im Leipziger Osten bleibt wie so häufig offen und dafür zu streiten… Doch festzuhalten gilt auch das, was war und ist, und die schönen und bedeutenden Momente zu sehen und zu benennen, die sich ergeben, wenn wir uns bewegen.

★ *Von: Mona Alona*

In diesem Sinne kann ich zunächst einmal schreiben, dass auf der RhizomiA eine sehr angenehme Atmosphäre bestand und die Bewohner*innen sich auch generell mit einem Infowagen, queeren Barabenden und einer FLTI*-Schraubwerkstatt ansprechbar zeigen. Samstagnachmittag füllte sich der Platz langsam mit Freund*innen und Neugierigen, die Vorträge besuchten, sich an einigen Ständen informierten und Bücher kauften, oder auch einfach ein bisschen quatschen konnten. Vorgestellt wurden beispielsweise Foto-Collagen von unofficial pictures und Zeugnisse von geflüchteten Frauen* aus dem Buch „In unseren eigenen Worten" des International Womans Space. Spannend waren auch die Vorträge über islamischen Feminismus, Antisemitismus und/in Anarchismus, Postanarchismus und zu den Protesten in Belarus im Frühjahr 2017.

Der Abend fand noch einen gemütlichen Ausklang an der Bar, wobei es relativ ruhig wurde, da ein größerer Teil der „Szene" wohl auf ein Festival gefahren war, während sich weiterhin viele Leute beim Jahresfest auf einen anderen Wagenplatz wiederfanden… So spektakulär und nett ich es da auch fand und eine gute Zeit hatte, frage ich mich, ob die Flucht in die Subkultur und in sonst wie alternative Lebensstile nicht gerade in Leipzig ein Ausmaß angenommen hat, dass es entpolitisierend wirkt. Möglicherweise unterstelle ich aber auch tätowierten, gepiercten Menschen mit interessanten T-Shirts-Aufdrucken, speziellen Frisuren, Verhaltens- und Redeweisen auch ein politisches Bewusstsein, dass sie in Handeln umsetzen müssten – was sie aber gar nicht haben… Ach ja, die Großstadt. Immer wieder verwirrend.

Doch weiter am Sonntag, wo wiederum einige Leute nach und nach zur RhizomiA fanden. Zu hören war von einer Prozessbeobachtung des Gerichtsverfahrens gegen die - von der Bundesanwaltschaft so genannten - „Gruppe Freital", welche der Gründung einer terroristischen Vereinigung angeklagt werden. Eine von vielen aktiven und militanten Fascho-Zusammenhängen in Sachsen und darüber hinaus. Aber Hauptsache Justiz, Medien und Politik haben einmal ihren Schauprozess, damit ansonsten die Gewalt so weiterlaufen kann… Weiterhin sollte der Professor für Sexualwissenschaft aus Merseburg, Heinz Jürgen Voß einen kritischen Blick auf die „bürgerliche Homo-Emanzipation" im neoliberalen Kapitalismus werfen und über das Buch „Schwule Sichtbarkeiten – schwule Identität" sprechen. Schließlich wurde auch diskutiert, wie die Ansprüche der „Care Revolution" nun praktisch umgesetzt werden können und theoretische Erkenntnisse über gleiche Arbeitsteilung in der Reproduktion nicht durch den Druck gesellschaftlicher Gegebenheiten belanglos werden.

Zudem hatte sich während der bookfair eine Diskussion darum entsponnen, ob der Sammelband „Beißreflexe", welches eine polemische Kritik an autoritären Tendenzen im queeren Aktivismus vortragen will, bei den Ständen ausliegen solle oder nicht. Meine persönliche Meinung dazu ist, dass ich es unbedingt erforderlich halte, fortwährend Kritik zu formulieren und auch Selbstkritik einzuüben, wozu es manchmal polemische Hinweise braucht. Ob letztere aber wirklich zu einer gelingenden Auseinandersetzung mit dem jeweils eigenen politisch-lebensweltlichen Ansatz führt oder im Gegenteil eher zu Abwehrtendenzen, stelle ich wiederum in Frage und finde es relevant, die Empfindungen von Menschen dahingehend zu achten. Jedenfalls passte diese Diskussion sehr gut zur diesjährigen bookfair. Ich fände es wunderbar, wenn es in Leipzig nächstes Jahr wieder eine gibt und am allerschönsten, wenn sie auch wieder am selben Ort auf dem RhizomiA-Wagenplatz stattfindet!

um die Wichtigkeit eigener und autonomer Medien -Twitter und Facebook gehören da nicht dazu – zu betonen.)

Fragezeichen

Und dann kam der Samstag Morgen. Und damit das große Unverständnis. Bis zum Freitag gab es eine großartige Solidarität. Dank der ständigen Polizeiangriffe wuchsen die verschiedenen Protestszenen zusammen. Aus der Bevölkerung gab es großartige Unterstützung. Mit Samstag hat sich alles gedreht. Plötzlich gab es eine Lust, zu denunzieren. Die aufständischen Slogans an der HASPA wurden von den Gutmenschen weggeputzt (Solidarität mit den armen Banken!), die Polizei wurde demonstrativ unterstützt, die systematische Repression war mit einmal vergessen. Überhaupt gab es nur noch ein Pro-Polizei oder eine Pro-Black Block. Für Zwischentöne war weniger und weniger Platz. Den armen Autobesitzer*innen wurde von der Politik sofortige Entschädigung versprochen. Diese Distanzierungen gingen bis weit ins linke Lager hinein. Bei der Großdemo am Samstag wurde wieder und wieder betont, dass hier der kreative, der friedliche, der bessere Protest auf der Straße ist. Für uns bösen Steinwerfer und Autoanzünder war kein Platz mehr. Selbst die Linksjugend Hamburg ruft zur fröhlichen Autonomenjagd auf. Je nach politischer Windrichtung waren wir als Linke für das ganze Übel der Welt verantwortlich (welcher Fortschritt, bislang war doch der Islam, die Flüchtlinge und Soros und die Ostküste die Wurzel des Bösen) oder wir waren unpolitische „Krawallmacher“, die den berechtigten Protest in den Verruf brachten.

Für unsere Sichtweise, dass die Riots notwendig und erfolgreich waren, blieb da kein Platz mehr. Plötzlich saßen wir in der Falle: Nehmen wir die Schikanen der Polizei passiv hin, so wird unsere Freiheit Schritt für Schritt eingeschränkt und ausgehebelt, im Gegenzug gibt es für diese Jesus-Posse aber viel Unterstützung und Solidarität. Setzen wir uns aber aktiv zur Wehr, werden wir zu einer Bedrohung hochgespielt, und liefern so eine Steilvorlage für neuere noch schärfere Gesetze. Für die Bevölkerung werden wir so der Gott-Sei-Bei-Uns, auf den sie alles Mögliche projizieren können.

Wir müssen hier nochmal die Wichtigkeit betonen, zu verstehen, was in dieser Nacht, was an diesem Morgen passierte. Denn es ist der Zeitgeist: Die Politik wir immer autoritärer, die Freiheit und die Gestaltungsräume des Einzelnen werden Stück für Stück eingeengt, bei einem großen Teil der Bevölkerung gibt es eine diffuse Angst, Gestalt bekommt sie durch die Schaffung von Feindbilder. Die Polizei wird dementsprechend aufgerüstet. Das Geschäft mit Waffen und privaten Sicherheitsdiensten blüht. Soziale Widersprüche werden durch Vertreibung unsichtbar gemacht. Und dort, wo sie dann doch auftauchen, werden sie als Bedrohung für die gesamte Ordnung und damit auch als persönliche Bedrohung gesehen. Und die wichtigste Frage: Wie können wir als Menschen, die für Freiheit und Würde kämpfen, gegensteuern? Welche Handlungsspielräume bleiben uns noch in dieser angsterfüllten Umgebung?

Doch der Reihe nach: Bislang gibt es noch wenige Erklärungen für den Meinungsumschwung. Wir wollen diese Fragmente hier zusammentragen. Die Riots am Freitag hatten eine Eigendynamik, die bedrohlich wirkte/wurde. Dass vor allem jene, die dadurch zu Schaden kamen, jetzt sauer sind, ist verständlich. Hier gibt es die Erklärung, dass viele Leute von der Gewalt fasziniert waren, an Livestreams hingen, und sich jetzt mittels Distanzierung und Denunziation davon freimachen wollen. Auch das organisierte Reinemachen am Tag danach passt in dieses psychologische Bild. Gentrifizierung in St.Pauli spielt eine wichtige Rolle. Die Mieten steigen, die Menschen werden vertrieben. Die Menschen, die in den teuren Wohnungen wohnen, können und wollen die Menschen, die vertrieben wurden, nicht verstehen. Wenn es zu sozialen Protesten kommt, können und wollen die Menschen in den teuren Wohnungen das nicht verstehen. Das sind bislang nur tastende Versuche, die Außenwirkung der Gipfelproteste zu verstehen. Das muss noch mehr und umfassender passieren, und wir hoffen, dass wir mit diesem Text einen Teil dazu leisten.

Womit wir bei der letzten Frage wären: Welche Handlungsoptionen haben wir? Wir bleiben dabei, die Riots waren wichtig und erfolgreich. Wir zeigten, dass die Staatsmacht nicht allmächtig ist. Wir haben gezeigt - wenn auch vor allem in der Negation - dass eine andere Welt möglich ist. Wir haben gezeigt, dass wir die Mächtigen zum Teufel jagen können, dass selbst der Schutz einer Armee von 20.000 Leuten uns nicht aufhalten kann. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Riots kontraproduktiv sind. Sie haben tendenziell eine Eigendynamik: zielgerichtete Militanz und blinde Zerstörungswut liegen oft genug nur Millimeter voneinander getrennt. Tendenziell profitieren davon auch innerhalb der Szene die Härtesten, die Coolsten, die Gewalttätigsten. Die, die hier nicht mitkönnen - wegen unsicheren Status, wegen Angst, wegen Versorgungspflichten – bleiben außen vor und drohen, strukturell ausgeschlossen zu werden. Außerdem gibt es die Gefahr, dass Riots als Vorwand verwendet werden, neue, härtere Gesetze zu beschließen. Mensch kommt leicht in Geiselhaft von autoritärer Politik und machtgeiler Polizei.

Es braucht also deutlich mehr als Riots

Wir brauchen vor allem im täglichen Leben die rechtsfreien Räume, vor der sich die Polizei so fürchtet. Das kann nur durch unseren Umgang untereinander, durch die Solidarität funktionieren. Wir müssen Wege finden, die diffuse Angst in der Bevölkerung zu bekämpfen. Sie ist die Ursache für die autoritäre Hinwendung, der Schaffung von Feindbildern, der Ruf nach Todesstrafe bei Ladendiebstahl, etc. Wie es funktionieren kann, wissen wir selbst nicht. Wir wissen aber, dass auch hier solidarische Netze, die in der Lage sind, Menschen in beschissenen Lagen aufzufangen, und dabei in die Öffentlichkeit hinzuwirken, eine wichtige Rolle spielen. Auch eine grundlegende Kritik des Kapitalismus, der notwendigerweise Verlierer*innen sowie die Angst vor dem Verlieren hervorbringen muss. Wir freuen uns auf weitere tiefgehende Diskussionen nach dem Gipfel.

Fragend schreiten wir voran!
Glück & Gesundheit den von Polizeigewalt Betroffenen!
Freiheit für alle Gefangenen!
Wir sind nicht alle, es fehlen die Ertrunkenen!

punkt, als sie die Leute auf das Gelände ließen, den Angriff auf das entstehende Camp. Aufgestellt wurden von uns sage und schreibe neun oder zehn kleine Zelte. Ein ironischer Witz, ein zaghaftes Symbol, jedoch in keiner Hinsicht ein Protestcamp.

Der Angriff der Bullen erfolgte bei beginnender Dunkelheit. Vielleicht 400 Cops besetzten den angemeldeten Platz mit der Ansage, sie würden das Aufstellen von Übernachtungszelten nicht zulassen, sondern lediglich 10 Workshop-Zelte genehmigen, in denen nicht übernachtet werden dürfte. Wir waren um die 200 Personen. So beschissen sie oft berichten, waren zahlreiche Pressevertreter*innen anwesend und unser Schutz, da die Bullen uns sonst möglicherweise komplett verprügelt hätten. Zur Anwendung direkter Gewalt kam es auch so. Am gewaltsamsten empfand ich jedoch dieses miese Vorgehen, wie es die ganzen letzten Wochen praktiziert war – immer ein kleines Stückchen Hoffnung aufkeimen zu lassen und es dann brutal und erbarmungslos zu zertreten. Nachdem der Schock überwunden, die Zelte geraubt waren und wir uns wieder sortiert hatten, verließen viele von uns den Stadtteil Rothenburgsort um am nächsten Tag weiter zu sehen, wo wir Unterkünfte für die in den nächsten Tagen ankommenden Protestierenden eröffnen könnten…

Montag, 03.07. - Zwischen Pläne schmieden und sich Treibenlassen

Die erfahrene Gewalt und der dreiste Rechtsbruch der Bullen machten mich wieder einmal nachdenklich darüber, inwiefern es überhaupt Sinn ergibt, im rechtsstaatlichen Rahmen zu agieren. Auf jeden Fall scheue ich mich vor zu einfachen Antworten. Auf Grundrechte zu scheißen halte ich sowohl für dumm und gefährlich, als auch selbst für anarchistische Politik für nicht zielführend. Andererseits erfuhren wir hier, wie die Polizei selbst fortwährend das Recht bricht und darauf scheißt, was ein Verfassungsgericht oder Verwaltungsgericht urteilt. Den Umkehrschluss, auch vieler Bewegungslinker vor Ort, wir müssten deswegen einfordern, dass die Cops sich an ihre eigenen Gesetze halten, sehe ich wiederum als falsch an, weil er den Irrglauben nährt, Gerichtsurteile wären gerecht. In den meisten Fällen richten sie sich jedoch erfahrungsgemäß gegen uns… Darüber hinaus machte ich mir Gedanken darüber, inwiefern das Vorgehen der Bullen dazu führen würde, dass sich tatsächlich viele Menschen davon abhalten lassen würden, nach Hamburg zu kommen, weil sie einerseits – zurecht! – die massive Polizeigewalt fürchteten und andererseits möglicherweise nicht wussten, wo sie pennen sollten. Dabei dachte ich logischerweise auch an Personen, die ich aus meiner Stadt kannte.

In der letzten Nacht war ich selbst spontan mit einigen Leuten an einem anderen Ort als zuvor untergekommen, wo ich mich sehr wohl fühlte unter fast unbekannten, aber politisch nahen Personen… Spontan machte ich mich jedoch mit einigen Leuten aus einem anderen Land wieder auf in die Stadt und hing mit ihnen ab. Auch wenn ich es immer wieder anstrengend finde, liebe ich diese Begegnungen mit ganz Unbekannten, mit denen ich mich aber in politischer Hinsicht auf einer Wellenlänge sehe… Nachdem wir eine Weile unterwegs waren, trennten sich unsere Wege wieder. Auf meinem Weg an einen anderen Ort, wo ich mir noch einen Teil inhaltliche Arbeit vorgenommen hatte, sprach ich eine andere nette Person an, mit der ich dann zwei-drei Stunden plauderte. Noch war der Ausnahmezustand nicht wirklich zur Regel geworden… Abends hatte ich wie gesagt noch was Inhaltliches zu tun und strandete – wieder etwas kraftlos – an dem Ort, wo ich dies tat. Dass ich hier die ganzen nächsten Tage bleiben würde, hatte ich weder geplant noch konnte ich es zu diesem Zeitpunkt erahnen.

Dienstag, 04.07. - Camp-Besetzungen, Hard Cornern, neue Leute

Mich stresste, dass ich noch einigen, ganz banalen Kram zu tun hatte. Mit einem Genossen auf dem Weg durch die Stadt traf ich dann zufällig zwei Freunde, die gestern angekommen waren. Wiederum ahnte ich nicht, dass wir in den kommenden Tagen viel miteinander unterwegs und in Aktion sein würden. Den Spagat zwischen Pläne machen und Spontaneität finde ich oft nicht einfach zu bewerkstelligen. In diesem Zusammenhang gelang er mir aber, glaube ich, ganz gut. Nachdem ich mit den Leuten beim tollen, seit 30 Jahren selbst verwalteten, Café Knallhart[9] abhing, holte ich meinen Kram von meinem früheren Pennplatz um ihn zu meinem neuen zu bringen. Bei diesem trafen wir uns wieder und ich ging mit den beiden an einem anderen Ort ein Paket abholen, was wir gebrauchen konnten und fortan mit uns führten. Unnötigerweise in Eile machten wir uns auf zum „Hard Cornern“, einer Art "Reclaim the Streets"-Aktion, aber irgendwie neuartig. In der Nähe vom geräumten KoZe cornerten einige Leute ganz friedlich vor sich hin, was wirklich sehr entspannt aussah.

Nach einer Weile zogen wir jedoch weiter, um die seit dem Vormittag tolerierte Besetzung der Wendland-Menschen bei der Johanniskirche aufzusuchen.[10] Dort angekommen stellte sich die Lage als entspannt heraus. Das war sie jedoch nicht nebenan im Wohlerspark, wo hard gecornert wurde und die Menschen – man möchte es kaum glauben! – sogar einige Zelte auf der Wiese aufgestellt hatten. Ungefähr fünf oder sechs waren es, die zum Anlass dienten, die herumstehenden Leute mit zwei USK-Hundertschaften vor allem mit Pfefferspray anzugreifen und die Zelte zu klauen. Wir formierten eine Spontandemo, wobei das Ge-

[9] *http://knallhart.blogsport.de/*
[10] *https://linksunten.indymedia.org/de/node/217268*

rücht herumging, das Schauspielhaus wäre besetzt oder hätte selbst seine Türen für Protestierende geöffnet. Keine Selbstverständlichkeit angesichts der Tatsache, dass bei sozialen Zentren und sonstigen öffentlichen Institutionen Briefe mit der Aussage eingegangen waren, wenn sie Protestierende beherbergten, würden ihnen die Gelder gestrichen werden. Die Sponti war - wie unter diesen Umständen nachvollziehbar - recht stressig und verlief sich schnell in Gerenne, weil die Bullen logischerweise mit am Start waren. Letztendlich fanden die meisten Beteiligten sich auf die eine oder andere Weise beim Neuen Pferdemarkt ein, wo hard weiter gecornert wurde. Weil so viele Personen da waren, mussten sie verständlicherweise auch auf der Straße stehen. Den Gewaltbereiten gefiel das nicht und so provozierten sie die Menge immer und immer wieder, marschierten diese durch, setzen Wasserwerfer ein und so weiter. Ohne die Bullen hätte es - wie so oft - keinerlei Probleme gegeben. Wir blieben dann fast bis zum Ende bei der Straßenschlacht geringer Intensität.[11]

Mittwoch, 05.07. - Eine mehr oder weniger politische, dafür aber fette, Straßenparty

Was ich vormittags tat weiß ich nicht. Wahrscheinlich war ich wieder und immer noch sehr angestrengt von den beginnenden Protesten und der Notwendigkeit, mich erst mal wieder verorten und für die nächsten Tage sortieren zu müssen. Nachmittags jedenfalls ging ich alleine zur Demo „Lieber tanz ich als G20“, die deutlich größer war, als ich vermutet hatte und wohl auch die Erwartung der hedonistischen Organisator*innen weit übertraf. Von 25000 Menschen war die Rede. Ich glaube wir hatten 6 Lautis am Start, die teilweise echt gute Mugge auflegten. Wiederum zufällig traf ich dann verschiedene Leute wieder, tauschte mich ein wenig aus und war überfordert von der schieren Masse an

Menschen. Als problematisch empfand ich den Alkoholkonsum vieler Personen, da wir uns ja immerhin auf einer Demo im Gefahrengebiet befanden und die Cops Anlässe suchen würden, um uns anzugreifen. Tatsächlich verhielten sie sich aber die ganze Demo über friedlich. Zu fröhlich und glücklich wirkte die große Menge, als dass sie darin eine Gefahr erblickten.[12] Wahrscheinlich schonten sie aber auch einfach ihre Kräfte für ihre angekündigte Prügelorgie...

Meiner Meinung nach hätte die Demo inhaltlich wesentlich stärker unterfüttert werden müssen. Ich finde eben nicht, dass gute Vibes für sich selbst sprechen, sondern auch Interpretationen bedürfen. Zum Alternativ-Gipfel[13] zog mich diesmal jedoch gar nichts hin. Da fehlten mir wiederum die Vibes. Wenn viele Menschen zusammenkommen um feiernd zu protestieren, finde ich das gut, wünsche mir aber dennoch eine stärkere politische Ausgestaltung des Ganzen. Dass Leute auch andere Drogen konsumierten, finde ich aufgrund der Bedrohungslage äußerst problematisch. Meinetwegen können sie dies das ganze Jahr über tun, aber warum muss das auf einer politischen Aktion sein? Die Vermischung zwischen Feierkultur und politischem Protest fand ich insgesamt während der Tage in Hamburg kritikwürdig, unverantwortlich bis direkt ekelhaft. Dennoch fand ich das Motto der Kampagne „Allesallen“ super, weil gut auf den Punkt gebracht.[14] Die Demo endete in der Nähe des Gängeviertels, wohin sich viele Teilnehmenden begaben. Andere hingen noch länger auf der Straße herum und verschiedentlich kam es noch zu Provokationen durch die Polizei. Leider hatte ich auch noch mal Probleme mit denen. Um Haaresbreite wäre ich unter einem Vorwand in die GeSa gekommen oder hätte einen Platzverweis kassiert. Doch ich hatte Glück im Unglück und konnte mich zurückziehen…

Donnerstag, 06.07. - Als die Bullen den Tod von Personen billigend in Kauf nahmen

Im Vorfeld der „Welcome-to-hell“-Demo[15], an welcher ich selbstverständlich teilnehmen wollte, traf ich mich mit einigen Genoss*innen um mich mit ihnen auszutauschen. Wir gingen dann gemeinsam auf den Fischmarkt – erstaunlicherweise ohne in eine Kontrolle zu geraten. Dort schloss ich mich wieder meiner Bezugsgruppe an und machte etwas Propaganda. Schließlich formierte sich gegen 19 Uhr die Demo und nahm ordentlich am Anfang der Hafenstraße Aufstellung – ordentlich vermummt einige, denn immerhin galt es die Persönlichkeitsrechte zu schützen, wenn mit derart brutaler Überwachung und Repression zu rechnen ist. Logischerweise kann ich kaum nachvollziehen, wie jede einzelne Person oder jede Gruppe zur Forderung der Bullen stand, dass die Vermummung abgelegt werden soll. Ich hielt es jedoch durchaus für möglich, dass wir ganz normal hätten losziehen können und sie auch einige nach den Verhandlungen zwischen Anmelder*innen und Versammlungsbehörde abgelegt hätten, wenn gleichfalls das Bullenaufgebot abgezogen wäre. Der Angriff auf uns war jedoch geplant gewesen, wofür auch seine minutiöse Durchführung sprach.[16] Ohne weitere Vorwarnung griffen sie uns von verschiedenen Seiten massiv an und lösten eine Massenpanik bei den fliehenden Menschen aus, die versuchten sich auf die Flutmauer zu retten. Dort ging die Hetzjagd jedoch weiter, weil von verschiedenen Sei-

[11] *http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/g20-gipfel-hamburg-raeumung-polizei-camp; http://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Hamburg-wappnet-sich-gegen-linke-Krawalle-article19921397.html*
[12] *http://www.faz.net/aktuell/g-20-gipfel/demo-lieber-tanz-ich-als-g20-in-hamburg-verlaeuft-friedlich-15093446.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2*
[13] *http://solidarity-summit.org/*
[14] *https://www.allesallen.info/*
[15] *https://g20tohell.blackblogs.org/*
[16] *https://www.freitag.de/autoren/ckammenhuber/g20-tagebuch-welcome-to-hell*

Relationen im Kopf zu haben: Wer distanziert sich vom Massensterben im Mittelmeer?

Diskussionen

Unter Uns

Es ist klar, dass die Ereignisse von Hamburg nicht spurlos an uns vorübergehen. Wir brauchen Diskussionen. Und ja, wir werden auch über Gewalt reden und streiten müssen. Und wir müssen tiefer gehen als „Wie kann Militanz zielgerichteter werden? Wie kann sie besser vermittelt werden?“ Um klar zu machen, was wir meinen, wollen wir unsere Gefühle in der Schanze beschreiben: Es fühlte sich irgendwie alles irreal an. Es war ein Rausch, inmitten der Polizeifestung einen Raum der Freiheit zu erschaffen.

Doch bald kamen auch Zweifel. Wie Mogli im Dschungelbuch starrten wir auf die Schlange Ka, auf die Plünderungen und die brennenden Barrikaden. Wir haben für ein paar Stunden ein Utopia geschaffen, und es war wieder bestimmt von Gewalt. In diese Stunden wurde unsere Vorstellung einer befreiten Gesellschaft real. Aber es hätte noch viel mehr Befreiung und viel weniger Gewalt sein können.

Wir waren begeistert, wie viele Menschen sich spontan dem schwarzbunten Treiben anschlossen. Aber auch hier stellten wir uns Fragen: Wieso können wir uns mit anderen Leuten so schwer verbinden? Ist alles, was uns verbindet, der Hass auf die Polizei? Das simple ACAB? Sind unsere Träume von einem freien Leben so schwer vermittelbar?

Unsere Genoss*innen der „unsichtbaren Freunde“4 schreiben vom Aufstand als einen Lernprozess. Sie meinten damit vor allem technische, taktische und propagandistische Aspekte. Wir wollen uns dem anschließen. Wir brauchen den Aufstand, wir brauchen die befreiten Zonen, um das freie Leben wieder lernen zu können. Unsere Slogans von der Befreiung bestehen vor allem aus Schlagwörtern. Mit Erfahrungen wie in Hamburg können wir diese Wörter mit Leben füllen.

Unter Feinden

Doch wir wollen nicht nur untereinander diskutieren, wir haben auch eine Nachricht für euch, ihr Polizeiklatscher: Für uns wart ihr das schrecklichste in diesen Tagen, schlimmer noch als die Polizeigewalt. Ihr bejubelt den systematischen Machtmissbrauch auf allen Ebenen. Und ihr werdet immer mehr und immer lauter. Es gibt offensichtlich einen großen Teil der Bevölkerung, der bereit ist, seine Freiheit gegen eine Illusion von Sicherheit zu tauschen. Doch hey, wir haben eine Nachricht für euch: Die ganze Repression führt nicht zu mehr Sicherheit, ganz im Gegenteil. Auch das hat Hamburg gezeigt: Das Räumung des Camps führte zu vielen dezentralen und schwer kontrollierbaren Schlaf- und Versammlungsplätzen. Die halbe Stadt zu einer No-Go-Zone zu erklären führte dazu, dass die Zugänge zu dieser verbotenen Zone nicht kontrolliert werden konnten. Repression führt zu Wut, und auch wenn die lange hinuntergeschluckt werden kann, irgendwann wird sie ausbrechen, und eure Sicherheit wird immer nur eine Illusion bleiben. Ihr werdet die Freiheiten, die es jetzt noch gibt, die aber Stück für Stück ausgehebelt werden, nicht vermissen. Ihr macht es euch eh bequem im Polizeistaat. Wer braucht denn schon Demonstrationen oder kritische Nachrichten? Aber glaubt uns, über kurz oder lang wird euch der ganze Scheiß um die Ohren fliegen.

Unter der Meute

Und wenn wir schon beim Thema Öffentlichkeit sind: Liebe Presse, was ist los mit euch? Wie viel stärker muss die Pressefreiheit noch eingeschränkt werden, dass ihr eure Hofberichterstattung aufgebt? Klar, es gibt einen kritischen Kommentar hier und da. Mensch hat ja einen Ruf zu verlieren. Aber wo bleiben die Berichte über den Schusswaffengebrauch (zweimal von Zivis, vom SEK mehrmals). Wo bleibt eine kritische Einordnung, dass Anti-Terror-Einheiten5 gegen (am Freitag gegen Sachbeschädigung, am Samstag gegen friedliches Herumsitzen) Demonstrationen vorgehen? Wo bleibt das kritische Hinterfragen der Zwillen- und Molotow-Geschichten?

Liebe Presse, irgendwo und irgendwie können wir das ja noch verstehen. Wir sind die, die Chaos gemacht habe, die, die euch die Bilder geliefert haben, die, die jetzt die Rolle des Superschurken spielen. Und bei Geschichten, die sich verkaufen sollen, kann es nun mal nur einen Bösewicht geben. Wir spielen ja oft mit dieser Inszenierung, und ihr spielt brav mit. Auch in Hamburg wart ihr von unseren Feuern mehr fasziniert als von dem faden Konzert in der Philharmonie.

Aber liebe Presse, was wir gar nicht verstehen: Wieso schweigt ihr, wenn es um euren eigenen Arsch geht? Wo bleiben eure Berichte, als euren Kolleg*innen die Akkreditierung entzogen wurde? Als bekannt wurde, dass ihr beschattet wurdet bzw. werden solltet? Wo war euer Aufschrei, als am Freitagabend die Pressefreiheit mit Ankündigung aufgehoben wurde? Am Donnerstag und am Freitag hat wohl jede Person, die es gewagt hat, in die Nähe der Messe zu kommen, Schläge, Pfefferspray und Wasserwerfer abbekommen. Ihr wart keine Ausnahme. Und trotzdem schweigt ihr? Warum? (Und das ist die richtige Stelle,

[4] *https://linksunten.indymedia.org/de/node/218185*
[5] *http://www.imi-online.de/2017/07/20/spezialeinheiten-gegen-menschenmengen/*

G20: Mehr als Riots

Unsere Bezugsgruppe war ehrlich überrascht von den Ereignissen in Hamburg. Wir rechneten mit dem übliche Protestritualen in verschärfter Umgebung. Dass es gelingen würde, den Gipfel massiv zu stören, dass es gelingen würde, inmitten einer Armee von hochgerüsteter und internationaler Bullerei eine Oase der Freiheit zu schaffen, damit haben wir nicht im Geringsten gerechnet. Und dennoch will sich das Gefühl von Erfolg nicht wirklich einstellen. Plötzlich startete ein Bekenntnis- und Distanzierungswettbewerb, bei dem wir nicht gewinnen können. Wir wollen unsere nicht einfachen Gedanken und Gefühle mit euch teilen, damit wir das nächste Mal besser gewappnet sind.

★ *Von: respect existence*

Riots

Die Riots waren notwendig

Der Gipfel war ein Angriff, von Anfang an. Während sich die Mächtigen wieder in die Stadt trauen, schöne Gespräche führen und schöne Bilder machen, sollten wir ausgeschlossen bleiben. Es passt zu der Ausbeutung, die dort beschlossen wurde. Die Betroffenen haben kein Stimmrecht. Die Betroffenen, die Widerständigen sollen unsichtbar sein. Das funktioniert nur mit einem massiven Angriff auf unsere Freiheiten. Wir erfüllten ihnen den Wunsch auf eine Art und Weise, die sie nicht vergessen werden. Wir waren unsichtbar um überall gleichzeitig zu sein.

Die Polizeitaktik in Hamburg war völlig klar: Sie war auf Krawall ausgelegt. Die Übermacht der Polizei sollte uns wenigen Militanten zeigen, wer hier das Sagen hat. Wir wurden vor die Wahl gestellt, ruhig zu sein oder zerquetscht zu werden. Es sollte anders kommen. Die Polizei hatte ihre eigenen Fähigkeiten überschätzt. Gerade, als wir anfingen, brachen sie unter den Strapazen der letzten Tage zusammen. Es ist schön zu sehen, dass die scheinbar so übermächtige Polizei gar nicht so übermächtig ist, dass sie nicht mit dezentralen Aktionen umgehen kann, dass sie nicht mit tagelangen Unruhen umgehen kann. Der G20-Gipfel hat ein Ablaufdatum. Die soziale Revolte nicht.

Die Riots waren erfolgreich

Es wurde ja oft behauptet, dass unser Krawall die Anliegen der friedlichen Aktivist*innen überschattet hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen den Einsatzleiter vor der Großdemo am Samstag zu Wort kommen lassen: „Unsere Hürde zum Eingreifen ist relativ hoch. Aufgrund der Ereignisse der letzten Nacht wollen wir keine Eskalation.“[1]

Das heißt konkret: Weil wir am Tag zuvor stressten, wurde die Demo nicht angegriffen. Auch eine Nummer größer stimmt die Rechnung: Wir sorgten dafür, dass der nächste Gipfel wieder in der Pampa stattfinden wird. Der nächste Angriff auf unsere Freiheiten wird folglich nicht so wild ausfallen wie in Hamburg. Auf jeden Fall zeigten wir: Mit unserem Widerstand ist aber so und so zu rechnen.

Es gab nicht „den“ Riot

Wir müssen auf eine kleine Selbstverständlichkeit hinweisen. Es gab nicht den Riot, es gab die Riots. Die Dynamik am Donnerstag, als die Bullerei eine Massenpanik auslöste, war eine völlig andere als am Freitag, als eine Gruppe eine Bullenwache angriff. Am Freitagabend in der Schanze waren wieder ganz andere Leute am Start. Wir wollen auch festhalten, dass es für uns viele Arten der Militanz gibt: Sich nicht einschüchtern lassen, anderen Mut machen, trotz Verbot Zelte aufzubauen, die blaue Zone zu betreten sind genauso Formen des militanten Ungehorsam wie Steine werfen oder Barrikaden anzünden. Auch für eine Spaltung in friedlich-vernünftige Demonstrant*innen und unpolitische Gewalthools sind wir nicht zu haben.

Die Riots waren halb so schlimm

Es gibt nichts zu beschönigen. Es waren die heftigsten Riots seit Jahrzehnten. Es gab eine Dynamik, bei der nicht nur Anwohner*innen Angst2 bekamen. Sie erreichten eine solche Intensität, dass so manche gestandenen Autonomen Reißaus nahmen. Vor allem die Feuer stellten eine konkrete Gefahr dar. Ein Feuer in einem Ladenlokal in einem Wohnhaus ist eine potentielle Todesfalle. So was geht gar nicht.3 Es gab Mackertum, es gab übertriebene Angriffe auf Leute, die gefilmt oder Fotos gemacht haben.

Und dennoch: Es gab vor allem Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Menschen blieb die Ausnahme. Die Mollis, die Sprengfallen, die meisten Steine auf den Dächern, die (meisten) Zwillen - es war die Phantasie der Bullen, die mit der Realität nichts zu tun hatte. Im Vergleich zur Polizei, die durch Schusswaffengebrauch (zweimal von Zivis und mehrfach vom SEK), Auslösen einer Massenpanik, WaWe–Beschuss von Leuten, die auf Häuser saßen, etc. Menschenleben bewusst gefährdeten, war unsere Gewalt ein Pipifatz. Eine Nummer größer, im Vergleich zur Gewalt des Staates, der EU, derG20-Länder, durch die Menschen in Kriegsgebiete abgeschoben werden, Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist unsere Gewalt mehr als harmlos. Die Chefs, die sich in Hamburg trafen, führen Krieg in Kurdistan, in Afghanistan, in Jemen, in Syrien, etc. Das soll keine Rechtfertigung sein, der Maßstab unseres Handels kann nicht der Staat oder seine Handlanger sein. Es ist aber wichtig, die ten immer und immer wieder umgerannt, geschlagen und gepfeffert wurde. Selbst auf dem Platz Richtung Elbe, wo uns der Heli komplett abfilmte, war niemand sicher. Viele Personen wurden verletzt. Auch auf dem ganzen Fischmarkt wurde aufgeräumt.[17] Die psychischen Folgen dieser Polizeigewalt werden aber weit schwerer wiegen als Prellungen, Schürfwunden, Verätzungen und Knochenbrüche…

Glücklicherweise fand ich meine Leute wieder und auch wenn es noch lange dauerte, beruhigte sich die Lage schließlich irgendwann. Dreihundert Meter weiter vorne konnten wir irgendwann später eine Spontandemo starten beziehungsweise wurden wir von dieser eingesammelt. Sie fand auf der zuvor angemeldeten Route statt, war relativ unorganisiert, aber kraftvoll und ausdrucksstark. Hier spürte ich, was die Menschen auf die Straße brachte, - dass ihre Frustration gegenüber der herrschenden Politik, verkörpert unter anderem in den G20, mit ihrer Hoffnung auf eine bessere Welt verbunden war, von der sie nicht ablassen wollten. Zu tausenden liefen wir und riefen leidenschaftlich die Slogans, welche unseren Zorn und unsere Sehnsucht zum Ausdruck brachten. Dies wurde eine Weile von der Obrigkeit gewährt. An der Kreuzung Max-Brauer-Allee und Schulterblatt, wurde von der Demo jedoch wiederum der allervorderste Teil mit den Anmelder*innen abgetrennt und der ganze Rest erneut massiv angegriffen. Es war kein Zufall, dass uns die Polizeistrategie eben an zwei bedeutenden Punkten der linken Szene zerschlagen wollte – der Hafenstraße und am Schulterblatt. Ziel war es offensichtlich, die linke Szene in ihrem Stammgebiet zu besiegen… Letztendlich ging es der Polizeiführung darum, ihr ein kollektives Trauma zuzufügen.

Was folgte waren widerliche Scharmützel an dieser Stelle und wir wurden Zeug*innen vielerlei Gewalttaten der Bullen, bis wir schließlich, völlig ausgebrannt von der erfahrenen Gewalt, gehen wollten. Doch die Nacht hatte noch kein Ende für uns, sondern wir sahen uns genötigt noch beim Feuer vor der Flora vorbei zu schauen. Viele Personen waren schrecklich alkoholisiert und unverantwortlich. Dass bisschen Feuer machte mir keine Angst, aber die Stumpfsinnigkeit dahinter widerten mich an und machte mich sauer. Denn was folgte war logischerweise - nachdem die Presse ihre Fotos geschossen hatte - der erneute Polizeiangriff. Auch dies überstanden und enorm frustriert stießen wir auf dem Heimweg noch auf die nächtliche Kundgebung auf der Kreuzung Valentinskamp/Caffamacherreihe, welche die Absurdität der gesamten Situation, dieses scheiß G20-Gipfels und der zu seiner Durchführung offenbar als erforderlich erachteten Polizeigewalt auf dadaistische Weise ziemlich gut zum Ausdruck brachte… Das an diesem Tag niemand ums Leben gekommen war, war nicht selbstverständlich. Jedenfalls hatte sich die Pressevertretung der Bullen sich auch auf diesen Fall vorbereitet.

Freitag, 07.07. - Ein gelungener Aktionstag und eine grauenvolle Nacht

Verständlicherweise konnten wir uns aufgrund unserer Arbeitszeiten an den morgendlichen Aktionen schlecht beteiligen. Stattdessen schliefen wir einige Stunden, bevor wir uns wieder auf das Schlachtfeld wagten und zur Versammlung für die zweite Welle von „colour the red zone“ hinzustießen.[18] Von Haus aus Massenaktionen nicht abgeneigt habe ich diese aber inzwischen eher hinter mich gebracht. Ich halte sie für weniger sinnvoll und bin auch erst recht kein Fan von der Interventionistischen Linken und anderen Großorganisationen, bei denen ich sowohl deren Organisationsform als auch ihre Ideologie und ihr Selbstverständnis kritisiere. Wir hatten aber dort zu tun und trafen sogleich wieder verschiedene Bekannte, die schon seit den Morgenstunden auf den Beinen waren. Die Aktionen am Morgen von der IL und die Hafenblockade von umsGanze liefen wohl insgesamt recht gut.[19] Außerdem hatte es eine militante Aktion in Altona gegeben, die zu großem Aufschrei führte. Es dauerte recht lang bis sich die zähe Masse in Bewegung setzte, dann gewann sie allerdings doch einiges an Dynamik mit dem Ziel zur Elbphilharmonie durchzudringen und diese zu blockieren. Es kam zu einigem Gerangel an verschiedenen Stellen um die Landungsbrücken herum, wobei ich nur Ausschnitte mitbekam, aber immerhin einen offensiven Durchbruchsversuch unsererseits mit ansehen konnte. Aus Gründen musste sich meine Bezugsgruppe jedoch zurückziehen und irrte nun teilweise in ruhigeren Gegenden herum, wo wir allerdings zufällig der Blockade eines kleinen Konvois für die Gipfelversorgung begegneten, was uns sehr erfreute. Es geschah so dies und das und die Zeit verging. Wir stießen auch auf die Reste der Kundgebung von „Jugend gegen G20“[20] auf der Ludwig-Erhard-Straße, die gerade noch mit Wasserwerfern aufgerieben wurden. Dann machten wir Pause.

Überhaupt war mein Zeitgefühl seit den ersten Tagen in Hamburg völlig aus dem Ruder gelaufen. Keineswegs weil ich davon Fan war, sondern wegen Dingen-zu-tun, wollten wir zur Stalino-Demo „G20 entern“. Als wir den Ort an der Reeperbahn erreichten, erfuhren wir allerdings, dass diese aus uns unbekannten Gründen abgesagt worden war. Entweder hatten die Organisator*innen – zurecht – Angst vor der sie betreffenden Polizeigewalt oder ihr Klientel war vom Kiez doch hauptsächlich in andere Stadtviertel abgewandert, wo es zu diesem Zeitpunkt wohl wieder kleinere Auseinandersetzungen gab. Auf der Reeperbahn war eher eine lethargische Stimmung eingetreten. Dennoch saßen überall auch Leute rum, die Willens waren noch was zu machen. Deswegen freute es mich ungemein, dass wir in der Lage waren mit einer Samba-Band aus dieser desorganisierten Lage heraus noch eine Sponti um die Feiermeile herum zu machen Um die 400 Menschen mögen sich ihr angeschlossen haben, um die Straße tatsächlich zu ihrer zu

[1] *http://www.stern.de/politik/deutschland/g20-in-hamburg--wie-die-groesste-demo-friedlich-blieb-7531608.html?utm_campaign=artikel-header&utm_medium=share&utm_source=twitter*
[2] *https://blog.fefe.de/?ts=a7958093*
[3] *https://syndikalismus.wordpress.com/2010/05/05/kapitalismus-mordet-taglich-tausendfach-die-solidaritat-mit-den-kampfenden-in-griechenland-verstarken/*

[17] *http://www.graswurzel.tv/v304.html*
[18] *http://www.blockg20.org/*
[19] *https://umsganze.org/die-logistik-des-kapitals-lahmlegen/*
[20] *http://jugendgegeng20.de/*

machen und mit ihren Inhalten zu füllen. Für einen Moment kaperten wir sozusagen das abgesagte tiefrote „G20-entern“[21] durch eine spontane Aktion mit stark anarchistischen Zügen. Gleichwohl empfand ich auch eine starke Solidarität mit allen Protestierenden, deren Zusammenhalt mir - zumindest im Angesicht der bis hierher erlebten Repression und Gewalt - als ein ethisches Gebot der Stunde erschien.

Dies konnte ich zu späterer Zeit beileibe nicht mehr behaupten. Wir begaben uns wieder in die Schanze, passierten eine langwierige Auseinandersetzung am Neuen Pferdemarkt, wo Leute bescheuerterweise völlig unvermummt Flaschen auf Wasserwerfer warfen. Weiter getrieben begegneten wir dem beängstigenden und fragwürdigen Treiben auf dem Schulterblatt und um die Flora herum. Vielfach stark alkoholisiert oder sonst auf Drogen starrte ein Haufen Macker irre geworden in die Feuer und fütterten diese mit allen möglichen umher liegenden Gegenständen wie auch Deosprays und Fahrrädern. Mit Sicherheit waren unter der wahnsinnig gewordenen Meute auch zahlreiche Polizei-Provokateure, möglicherweise auch Faschos und Hools. Selbstverständlich gab es auch gezielte und gut organisierte militante Aktionen, gegen die ich mich keineswegs wenden möchte. Doch das entfaltete Chaos wirft vielerlei Fragen auf, die ich momentan nicht zu beantworten in der Lage bin. Eine temporär autonome Zone ist jedenfalls mit Sicherheit etwas anderes, bedeutet Autonomie doch Selbstgesetzgebung.

Ein gemeinsames Moment der Selbstbestimmung war in dem allgemeinen Wahnsinn jedoch nicht vorhanden. Vielmehr offenbarte sich die ganze Widerlichkeit von den Herrschaftsverhältnissen zugerichteter vereinzelter Individuen, die ihren Frust, ihren Hass entladen konnten und dabei tatsächlich das eigene Viertel in Schutt und Asche legten. Beziehungsweise war es eben nicht das eigene, sondern ein anderes. Gesehen habe ich Personen, die völlig unverantwortlich sich selbst und andere enorm gefährdeten ohne jedoch ansatzweise dazu beizutragen, die gewonnene Freiwerdung gegen die Cops zu verteidigen. Gesehen habe ich sinnlose Zerstörung, die nichts mit vernünftiger Militanz zu tun hat. Verstanden habe ich, dass die Bullen entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit so lange nicht eingriffen, weil sie eben jene Bilder zur Rechtfertigung ihrer bisherigen Gewaltausübung und ihrer künftigen Aufrüstung entstehen lassen wollten. Die Einsatzleitung der Bullen wollte die Eskalation bis zum Entsenden der SEK-Truppen zuspitzen, um behaupten zu können, es hätte eine neue Stufe der Gewalt gegeben, der sie nicht Herr geworden wären.[22] Deswegen wäre eine Ausräucherung von „Rückzugsräumen der autonomen Szene“ notwendig, ebenso wie eine europäische Extremist*innendatei, die Anschaffung neuer Waffen, der Verschärfung des Strafgesetzbuches, des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren, sowie insgesamt eine Aufstockung des Etats des Staats im Staate. Dies im Hinterkopf, wurde ich – abgesehen von der Angst, die ich und meine Gefährt*innen hatten – von großer Traurigkeit erfüllt, wissend, dass unseren Vorstellungen der Anarchie auch diesmal wieder keine Legitimation zu Teil geworden ist… Niedergeschlagen und bedrückt sahen wir nach der Erfüllung unserer Aufgaben zu, dass wir diesen Ort des kalkulierten Ausnahmezustandes verließen…

Samstag, 08.07. - Und alles marschiert mit im großen linken Sammelbecken

Verstört und fertig vom Erlebten entschied ich mich nachmittags doch spontan dazu die Großdemo „Globale Solidarität statt G20“ anzuschauen. Unterstützen wollte ich dieses skurrile Sammelsurium, diese Volksgemeinschaft der Linken mit Sicherheit nicht, auch wenn ich mich dem einen oder anderen Block im vorderen Teil von der politischen Position her durchaus hätte anschließen können. Doch was nutzte eine anarchistische Position unter all dem anderen Kram, der da rumwanderte? Warum wurde überhaupt eine zentrale Großdemo organisiert anstatt fünf bis zwölf kleinere, bei denen sich immer noch genug Menschen versammelt hätten? Es ging nun mal darum, Leute zu zählen; darum, herauszufinden, wie stark „wir“ denn momentan sind. Doch in dieses „Wir“ möchte ich mich nicht einordnen, wo die Linksjugend.solid Hamburg mit dem eindeutig antisemitischen Symbol einer Krake mit Dollarzeichen herumläuft und darüber hinaus zur Denunziation von militanten Aktivist*innen/Krawallmacher*innen aufruft bzw. sich selbst dafür anbietet.[23] Und mit den Stalinist*innen habe ich mit Sicherheit nichts gemein. Kläglich sah der Block der Piraten-Partei aus, der so wenige Leute zog, dass mensch einfach Mitleid haben musste. Da waren selbst die verschiedensten maoistischen und alt-kommunistischen Splittergruppen noch besser vertreten. Der Block der Friedensbewegten gruselte mich ebenfalls, wie auch ein Arschloch, dass ein Schild hielt mit der Aufschrift „Danke den Einsatzkräften“.[24] Da hätte ich fast kotzen müssen. Doch ich war zu kraftlos, zu überfordert und zu frustriert, um hier irgendwas irgendwie noch anzumerken. Korrekt war, dass die Linkspartei nicht versuchte, die Demo zu dominieren, auch wenn sie von einem ihrer Mitglieder angemeldet worden war. Grüne und SPDler*innen waren zum Glück gar nicht vertreten, da ihre Regierungsparteien zu einer lächerlichen Spaltungsdemo mit dem nichts sagenden Motto „Hamburg zeigt Haltung“ aufgerufen hatten. Später griffen die Cops noch einen antiimperialistischen Block an. Vorwand war wiederum Vermummung. Schikane kennt keine Grenzen und alle bekommen ihr Fett weg.

Am Abend war ich - obwohl ich mir eigentlich geschworen hatte, den Ort nie wieder aufzusuchen -, wieder in der Schanze unterwegs und begleitete eine kleine Samba-Aktion. Anschließend taumelte ich noch lange durch die Stadt, weil alle S-Bahn-Stationen geschlossen worden waren und entschloss mich, keiner der Auseinandersetzungen mehr beizuwohnen, zumal ich alleine unterwegs war. Auf dem Rückweg traf ich jedoch noch einen Bekannten und wir tauschten uns noch eine Weile aus, wobei mich gegen Ende der Gipfelproteste gerade die Sicht der Hamburger*innen auf dieses ganze Spektakel interessierte…

Sonntag, 09.07. - Zum Abschied: Solidarität mit allen Gefangenen! Und einige Schlussgedanken

Wie es sich gehört hatte ich mir vorgenommen, mich zum Abschluss noch mit den um die 184 GeSa-Insassen zu solidarisieren und zur Anti-Knast-Demo „Nobody forgotten, nothing forgiven“ im Stadtteil Harburg zu gehen.[25] Das gehört einfach dazu. Aus bestimmten Gründen musste ich die Demo schon eher verlassen und erfuhr später, dass sie noch härter schikaniert wurde und einige Leute dort ihre Personalien abgeben mussten...

Vieles konnte ich nicht gut heißen und an vielem in diesen Tagen ist ausgiebig Kritik zu üben. Dennoch geht die widerlichste und brutalste Gewalt immer vom Staat aus, wird Gewalt insgesamt verstaatlicht, weil die Staatsgewalt keine neben sich duldet. Aus diesem Grund ist es eine Selbstverständlichkeit für die Freilassung aller Gefangenen zu demonstrieren. Denn das Unrecht der Regierenden der G20-Staaten steht in keinem Verhältnis zu der einen oder anderen Sache, die in Hamburg irgendwer angestellt haben mag. Zumal es eben tatsächlich auch nicht krassere militante Aktionen gab, als zu früheren derartigen Events. Doch die Vertreter*innen der regierenden Parteien und der rechten Opposition begannen nun eine Hetzjagd gegen „extremistische gewaltbereite Linksautonome“ zu starten. Ganz klar: Im Vorfeld der Bundestagswahlen fehlte ihnen ein neuer Sündenbock, um die Krisenerscheinungen dieses Systems zu verschleiern. Statt wenigstens über „soziale Gerechtigkeit“ zu sprechen, geht es nun darum, wer die schwersten Strafen, die weitgehendsten Überwachungsmaßnahme, dass härteste Vorgehen der Polizei und die grundlegendste Austrockung der „links-autonomen Rückzugsräume und ihrer Unterstützer*innen“ fordert. Die herrschenden Populist*innen scheuen sich dabei nicht ausgiebig Nazi-Vergleiche zu verwenden und den auf ein Stadtviertel begrenzten, durchschnittlichen riot, mit der Welle der faschistischen und rassistischen Brandanschlägen und Überfällen der letzten Jahre gleichzusetzen.

Die Proteste in Hamburg gegen den G20-Gipfel waren legitim und sinnvoll. Für die linken Bewegungen im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus waren sie ein bedeutender Moment der Zusammenkunft, der Diskussion, der Selbstverortung und Vernetzung. Tausende Aktivist*innen steckten lange im Vorfeld der Proteste und während der Chaos-Tage des Polizeistaates in Hamburg Leidenschaft, Energie, Arbeitskraft und Geld in die Organisierung und Durchführung dieser pluralen Manifestation. Dass die Angriffe der Polizei dermaßen massiv und rechtswidrig erfolgen würden, hatte ich nicht erwartet. Ebensowenig wie die Verschleierung der Polizeigewalt einerseits und ihre Legitimierung andererseits – von der strukturellen Gewalt in der Herrschaftsordnung, in der wir leben, einmal ganz abgesehen. So oder so wird sich Hamburg Anfang Juli 2017 in das kollektive Gedächtnis der Bewegungslinken, radikalen Linken und Autonomen einschreiben. Wie dies geschieht, liegt teilweise auch daran, ob es uns gelingt, die Ereignisse aufzubewahren, differenziert darzustellen und sinnvoll zu interpretieren. Deswegen habe ich diesen persönlichen Bericht geschrieben.

Anzeige

[21] http://g20-entern.org/2017/06/aufruf-demo/
[22] http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-sek-einsatz-im-schanzenviertel-dann-herrschte-absolute-stille-a-1157522.html
[23] https://linksunten.indymedia.org/de/node/217697
[24] https://linksunten.indymedia.org/en/node/218193
[25] https://www.g20hamburg.org/de/content/nobody-forgotten-nothing-forgiven-demo-gesa